

Dokumentation der LaKoF-Jahrestagung 2006

Mechthild Koreuber, Frauenbeauftragte der Freien Universität Berlin (Hrsg.)

Exzellenz und Chancengleichheit – Gender-Aspekte in der Forschungsförderung



Landeskonzferenz der Frauenbeauftragten an Berliner Hochschulen

Dokumentation der LaKoF-Jahrestagung 2006

Mechthild Koreuber, Frauenbeauftragte der Freien Universität Berlin (Hrsg.)

Exzellenz und Chancengleichheit – Gender-Aspekte in der Forschungsförderung



Landeskongress der Frauenbeauftragten an Berliner Hochschulen

Sprecherinnen der LaKoF Berlin

Mechthild Koreuber Freie Universität Berlin, Frauenbeauftragte
Rudeloffweg 25-27
14159 Berlin
Tel.: (030) 838 542 59; Fax: (030) 838 520 87
frauenbeauftragte@fu-berlin.de

Heidemarie Wüst Technische Fachhochschule Berlin, Frauenbeauftragte
Luxemburger Str. 10
13353 Berlin
Tel.: (030) 450 423 93; Fax: (030) 450 429 20
wuest@tfh-berlin.de

Herausgeberin: Zentrale Frauenbeauftragte der Freien Universität Berlin, Mechthild Koreuber

Redaktion: Elke Brüns

Layout: Sabrina Kusch

Freie Universität Berlin
Rudeloffweg 25-27
14159 Berlin
Tel.: (030) 838 542 59

frauenbeauftragte@fu-berlin.de

www.fu-berlin.de/frauenbeauftragte

März 2007

Exzellenz und Chancengleichheit: Gender-Aspekte in der Forschungsförderung

Am Donnerstag, den 16. November 2006 an der TFH Berlin

Frauen sind leistungsstark — und werden kaum den Leistungsträgern an Hochschulen zugerechnet.

Frauen sind exzellent — und müssen trotzdem mit Ressentiments rechnen.

Frauen beanspruchen Chancengleichheit — dennoch sind Gleichstellungsmaßnahmen unverzichtbar.

Geschlechterforschung ist im Mainstream angekommen — und wird noch kaum als förderungswürdig erachtet.

Die Frauenbeauftragten der Berliner Hochschulen wollen diese Beobachtungen vor dem Hintergrund der Exzellenzdebatte mit Expertinnen und Experten, Beteiligten und Interessierten diskutieren.

- 12:00 Uhr** **Begrüßung**
Prof. Dr. Reinhard Thümer, Präsident der Technischen Fachhochschule Berlin
Heidmarie Wüst, stellvertretende Sprecherin der LaKoF, Frauenbeauftragte der Technischen Fachhochschule Berlin
- 12:15 Uhr** **Berlin im Wettbewerb**
Dr. Thomas Flierl, Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur
- 12:30 Uhr** **Exzellenz und Gleichbehandlung**
Prof. Dr. Dieter Lenzen, Präsident der Freien Universität Berlin
Moderation: Dr. Evelyn Tegeler, Frauenbeauftragte der Alice-Salomon-Fachhochschule für Sozialarbeit
- 13:00 Uhr** **Vom Mythos der Leistungseliten**
Prof. Dr. Michael Hartmann, Technische Universität Darmstadt
Moderation: Dr. Sigrid Haase, Frauenbeauftragte der Universität der Künste Berlin
- 14:00 Uhr** **Kaffeepause**
- 14:30 Uhr** **Leistungs- und Geschlechterkonstruktionen in der alltäglichen Praxis der Wissenschaft**
Dr. Sandra Beaufays, Universität Graz
Moderation: Dr. Marianne Kriszjo, Frauenbeauftragte der Humboldt-Universität zu Berlin
- 15:30 Uhr** **Elite, Exzellenz und Chancengleichheit**
Podiumsdiskussion
Prof. Dr. Ulla Haselstein, Freie Universität Berlin und Sprecherin der Graduiertenschule "North American Studies"
Prof. Dr. Michael Hartmann, Technische Universität Darmstadt
Dr. Sandra Beaufays, Universität Graz
Prof. Dr. Reinhard Thümer, Präsident der Technischen Fachhochschule Berlin und Sprecher der Fachhochschulen in der LKRP Berlin
Prof. Dr. Johann Köppel, Vizepräsident der Technischen Universität
Moderation: Mechthild Koreuber, Sprecherin der LaKoF Berlin und Frauenbeauftragte der Freien Universität Berlin
- 17:00 Uhr** **Ausklang mit Sekt und Selters**

Inhalt

I.

Begrüßung durch den Präsidenten der Technischen Fachhochschule Berlin (TFH),

Prof. Dr. Reinhard Thümer

Begrüßung durch die stellvertretende Sprecherin der LaKoF Berlin,

Heidemarie Wüst

II.

Berlin im Wettbewerb

Dr. Thomas Flierl, Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur

Vom Mythos der Leistungseliten

Prof. Dr. Michael Hartmann, Technische Universität Darmstadt

Leistungs- und Geschlechterkonstruktionen in der alltäglichen Praxis der Wissenschaft

Dr. Sandra Beaufays, Universität Graz

III.

Elite, Exzellenz und Chancengleichheit

Podiumsdiskussion

Prof. Dr. Ulla Haselstein, Freie Universität Berlin, Sprecherin der Graduiertenschule „North American Studies“

Prof. Dr. Michael Hartmann, Technische Universität Darmstadt

Dr. Sandra Beaufays, Universität Graz

Prof. Dr. Reinhardt Thümer, Präsident der Technischen Fachhochschule Berlin, Sprecher der Fachhochschulen in der LKRP Berlin

Prof. Dr. Johann Köppel, Vizepräsident der Technischen Universität Berlin

Moderation: Mechthild Koreuber, Frauenbeauftragte der Freien Universität Berlin, Sprecherin der LaKoF Berlin

Begrüßung durch den Präsidenten der Technischen Fachhochschule Berlin

Prof. Dr. Reinhardt Thümer

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
herzlich Willkommen an der Technischen Fachhochschule Berlin, einer University of Applied Sciences.

Der Exzellenzwettbewerb hat zum Ziel, Exzellenz zu schaffen. Das ist per se die Absicht, Ungleichheit zu schaffen. Dies geschieht wohl in der Hoffnung, dass in der Folge von Exzellenz Wohlstand, Fortschritt und Ansehen für unser Land entstehen. Der Wettbewerb sieht vor, dass aufgrund von Entwürfen, von Vorhaben zusätzliche Mittel zugeteilt werden; damit wird von Anbeginn ein Teil Chancengleichheit für die Zukunft zerstört.

Der Zusammenhang zwischen exzellenten Hochschulen und einer sich daraus ergebenden Steigerung des Wohlstandes wird korrelativ unterstellt. Hinzu kommt, dass die Auswahlentscheidung sowohl höchst komplex, als auch, da zukunftsorientiert, unsicher hinsichtlich ihrer Erfolgswahrscheinlichkeit ist.

Im Gegensatz zu einem Sportereignis, bei dem aufgrund einfacher Parameter unter den Konkurrenten/innen leicht gleiche Chancen herzustellen sind, ist dies bei einem Exzellenzwettbewerb deutlich schwerer. Welches Konzept ist innovativ, wird in Zukunft Umsatz, Arbeitsplätze, Wohlstand schaffen, welches Konzept treibt die wissenschaftliche Entwicklung am besten voran, das ist, zumal bei mehreren Gutachtern, eine schwer lösbare Aufgabe.

Darüber hinaus leidet meines Erachtens die Bundesrepublik nicht so sehr an einem Mangel an Ideen, sondern an einem Mangel an mutigen und risikobereiten und vor allem umsetzungsbereiten Menschen.

Wir werden durch die Exzellenzinitiative allein nicht mehr Wohlstand erzeugen. Wir müssen die bisher nur unvollkommen genutzten Fähigkeiten und Intentionen der Frauen in Deutschland in weit größerem Umfang als bisher aktivieren, sie beteiligen, sowie uns der Umsetzung von Ideen in Produkte und Erkenntnisse stärker zuwenden.

Ich wünsche Ihnen, dass Sie mit dieser Tagung helfen, auf diesem steinigen Weg voranzukommen.

Herzlich Willkommen!

Begrüßung durch die Frauenbeauftragte der Technischen Fachhochschule Berlin und stellvertretende Sprecherin der LaKoF Berlin

Heidemarie Wüst

Herzlich Willkommen zur Jahrestagung der LaKoF Berlin an der Technischen Fachhochschule Berlin, einer University of Applied Sciences.

Sie sind heute zu Gast an der TFH Berlin, mitten im Wedding, einer Hochschule, die mit dem Motto „Hier studieren Sie Zukunft“ wirbt; Zukunft, die ohne Exzellenz und ohne Chancengleichheit für Frauen nicht zu haben sein wird.

Die Landeskonferenz der Frauenbeauftragten (LaKoF), der Zusammenschluss der hauptberuflichen Frauenbeauftragten der Berliner Hochschulen, hat sich für die diesjährige Jahrestagung das Thema **„Exzellenz und Chancengleichheit – Gender-Aspekte in der Forschungsförderung“** gewählt.

Ich freue mich, dass Sie unserer Einladung aus unterschiedlichen Hochschul-, Wissenschafts- und Politikbereichen gefolgt sind.

Bei der Arbeit als Frauenbeauftragte an den Berliner Hochschulen ist uns aufgefallen, dass die Forderung nach Exzellenz an Hochschulen bisher nicht ausreichend die Exzellenz von Lehre und die Chancengerechtigkeit von Frauen in der Forschungsförderung im Blick hat. Den Auftrag zur Umsetzung der Gleichstellung, der schon immer verknüpft ist mit der besonderen Leistungsbereitschaft von Frauen, ist auf seine fairen Chancen für Frauen an Universitäten, Fachhochschulen und Kunsthochschulen zu diskutieren.

Denn Frauen sind leistungsstark – und werden trotzdem immer noch zu wenig den Leistungsträgern an Hochschulen zugerechnet. Die Anteile an den Professuren und die Erfolge in der Forschung sprechen für sich. Doch Frauen beanspruchen Chancengleichheit.

Immer mehr Frauen sind exzellent – und müssen trotzdem mit Vorurteilen rechnen – und dies insbesondere in den Fachkulturen der Naturwissenschaften, Technik und Ingenieurwissenschaften.

Die Frauenbeauftragten der Berliner Hochschulen wollen diese Beobachtungen vor dem Hintergrund der Exzellenzdebatte mit Ihnen als Expertinnen und Experten, Beteiligten und Interessierten diskutieren.

Für die Unterstützung bei der Organisation und Durchführung möchte ich mich beim Vorbereitungskreis der LaKoF, bei den Kolleginnen meines F-Büros und beim Veranstaltungs-Team der TFH bedanken.



Prof. Dr. Reinhard Thümer



Prof. Dr. Michael Hartmann



Heidecrania Wüst



Prof. Dr. Dieter Lenzen



Dr. Sandra Beaulays

Berlin im Wettbewerb – Grußwort des Senators für Wissenschaft, Forschung und Kultur

Dr. Thomas Flierl

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste,

I.

vor gut zwei Wochen sind die Berliner Universitäten erneut mit 28 Kurzanträgen der ersten und zweiten Förderlinie in die engere Interessenbekundung für die zweite Runde des Exzellenzwettbewerbs gegangen. Alle drei Universitäten haben sich mit zukunftsweisenden Konzepten für die dritte Förderlinie aufgestellt.

Die Genderforschung wurde wiederum mit zwei getrennten Anträgen eingebracht: Dem Forschungscluster „Diversity Studies“ und der „Berlin Graduate School of Gender Studies“ der Humboldt-Universität. Es bleibt somit abzuwarten, ob die Erfahrungen aus der ersten Runde hinreichend berücksichtigt wurden. Die Gutachter aus der ersten Runde hatten verschiedentlich kritisiert, dass Berlin seine Potenziale nicht durch verbesserte Kooperation ausgeschöpft hat. Dies galt auch für die starke Berliner Frauenforschung. Massive Kritik galt dem Umstand, dass in der Mehrzahl der vorhergehenden Antragsskizzen der Aspekt der Gleichstellung ein bloßes „Lippenbekenntnis“ gewesen sei – ohne konkrete Zielvorgaben.

Für die zweite Förderrunde werden wir im Januar 2007 wissen, ob diese Kritik ein Umdenken bewirkt hat, und welche Initiativen zur Einreichung ausgearbeiteter Vollanträge aufgefördert werden. Die Berliner Universitäten stehen hierbei im Wettbewerb mit 70 anderen deutschen Universitäten, die sich ebenfalls beteiligen. Allen ist bewusst, dass die Wettbewerbsbedingungen der zweiten Runde härter sind, da die nicht weitergerückten Anträge der ersten Runde nunmehr in Konkurrenz mit den neu eingereichten Anträgen bewertet werden. Aus meiner Sicht wird es deshalb darauf ankommen, die wissenschaftliche Exzellenz vor allem von solchen Graduate Schools, Forschungsclustern und Elite-Universitäten herauszufiltern, in denen nicht nur Leibniz-Preisträger zusammenarbeiten, sondern auch viele Wissenschaftlerinnen mit „high potential“ einbezogen sind. Hierin liegt die Chance, Spitzenwissenschaftlerinnen nachhaltig in die Spitzenforschung zu integrieren!

II.

Die Weichen hierfür haben wir gestellt. Berlin verfügt über ein großes Potenzial an hochqualifizierten Wissenschaftlerinnen. Hochschulverträge, Ziel- und Leistungsvereinbarungen, die Entwicklung von Anreizsystemen im Rahmen der leistungsbezogenen Mittelverteilung, eine konsequente Berufungspolitik und das „Berliner Programm zur Förderung von Chancengleichheit in der Wissenschaft“ haben dazu beigetragen. Auch Dank der Arbeit der Frauenbeauftragten an den Hochschulen hat sich der Frauenanteil in allen Qualifikationsstufen in den vergangenen fünf Jahren deutlich erhöht. Seit Beginn der W-Besoldung Anfang des Jahres 2005 haben wir einen durchschnittlichen Frauenanteil von 33 % an allen Berufungen.

III.

Chancengleichheit an einer künftigen Berliner Elite-Universität bedeutet also, diese leistungsstarken Frauen im Zukunftskonzept der Universität sichtbar zu machen, sie den Leistungsträgern in den Forschungsclustern zuzurechnen, strukturelevante Professuren mit ihnen zu besetzen, Nachwuchswissenschaftlerinnen in Graduate Schools gezielt heranzubilden und über Mentorinnen und Mentoren in die Netzwerke der Scientific Community zu integrieren. Welche Steuerungsinstrumente sich hierbei aus Sicht der einzelnen Hochschule und ihrer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bewährt haben, wird Gegenstand Ihrer heutigen Tagung sein.

IV.

Die überregionale Hochschulpolitik befindet sich indes mittendrin in einer Föderalismusdebatte, deren tragende Säulen die Exzellenzinitiative und der Hochschulpakt sind. Bund und Länder und die

großen Wissenschaftsorganisationen sind sich allerdings einig, dass auch in der neu zu ordnenden föderalen Struktur überregionale gleichstellungspolitische Impulse notwendig sind. Der Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Ernst-Ludwig Winnacker hält eine Frauenquote an Hochschulen und außer-universitären Forschungseinrichtungen für geboten und hat damit eine bundesweite Debatte ausgelöst. Die Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz, Prof. Dr. Margret Wintermantel, spricht der Gleichstellungsarbeit an Hochschulen die Rolle eines unverzichtbaren integralen Steuerungsinstruments zu und schlägt vor, Mittelzuweisungen grundsätzlich an konkrete Ziele zur verstärkten Förderung von Wissenschaftlerinnen zu knüpfen.

Die Wissenschaftsminister suchen mit Bundesministerin Schavan im Rahmen der laufenden Verhandlungen zum Hochschulpakt zunächst nach einem Konsens über den Verteilungsmodus. Berlin hat dabei die Bedingung gestellt, dass das bislang weit über den Berliner Bedarf hinausgehende Angebot an Studienplätzen Berücksichtigung findet. Sollte diese Bedingung erfüllt werden, wäre die Verankerung von Quoten bei personenbezogenen Maßnahmen zur Erhöhung der Lehrkapazität erstrebenswert. Aber noch sind die Verhandlungen nicht an diesem Punkt. Zudem wird es den Ländern überlassen bleiben, aus einem „Instrumentenkasten“ auszuwählen und über eine länderspezifische Umsetzung zu entscheiden. Begrüßt wird der Vorschlag der EU-Kommission, *gender-action*-Pläne in der Forschung verstärkt als Kriterium für die Bewilligung und Evaluation von Projekten heranzuziehen. Die Bundeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten unterstützt diese Vorschläge und hat sich diesbezüglich an die Wissenschaftsminister der Länder gewandt. Die Berliner Landeskonferenz der Frauenbeauftragten hat eigene Vorschläge ergänzt.

V.

Gegner der Frauenquote bezweifeln indes, dass sie das richtige Instrument sei. Auch wenn damit Teilerfolge erzielt werden könnten, würde die „Provokation einer Quote“ neuen Widerstand und Umgehungsmechanismen produzieren.

Eines ist sicher: Die Diskussion um die Frauenquote zwingt die Hochschulen, sich noch ernsterhaft als bisher mit der Gleichstellung zu beschäftigen. Das will auch der Wissenschaftsrat auf seiner zweitägigen Gleichstellungstagung im November dieses Jahres in Köln erreichen. Der Vorsitzende des Wissenschaftsrates, Prof. Strohschneider hat festgestellt, dass der Erfolg der im Jahr 1998 verabschiedeten „Empfehlungen zur Chancengleichheit von Frauen in der Wissenschaft“ nicht zufriedenstellend ist. Der Frauenanteil bei den C 4 – Professuren lag damals bundesweit bei 4,5 Prozent; seitdem stieg er jährlich um lediglich 0,5 Prozent. Berlin ist gebeten worden, im Rahmen der Tagung des Wissenschaftsrates von seinen Erfahrungen zu berichten.

Berlin wird auch in Zukunft an seine guten Erfahrungen anknüpfen. Die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen für die neugebildete Regierung haben gezeigt, dass großer Konsens besteht, auch in den kommenden Jahren den Ansatz der Chancengleichheit in die Instrumente des Hochschulreformprozesses zu integrieren. In den Hochschulverträgen sollen qualitative Aspekte der Gleichstellung stärker berücksichtigt und gleichstellungsorientierte Ziele, Leistungsanreize und das entsprechende Controlling weiterentwickelt werden. Darüber hinaus sollen auch die Grundsätze der Gleichstellung in den Berliner gemeinschaftsfinanzierten Forschungseinrichtungen durchgesetzt und Controllinginstrumente geschaffen werden.

Ich wünsche Ihnen eine ertragreiche Tagung.

Vom Mythos der Leistungseliten

Prof. Dr. Michael Hartmann, Technische Universität Darmstadt

Aus: Die Exzellenzinitiative – ein Paradigmenwechsel in der deutschen Hochschulpolitik

Leviathan - Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Jahrgang 34/2006

Einleitung

Als im Januar 2004 die rot-grüne Bundesregierung unter Gerhard Schröder erstmals über ein Programm zur Schaffung von Eliteuniversitäten in Deutschland sprach, löste sie einen enormen Medienwirbel aus. Die Tatsache, dass ausgerechnet die Sozialdemokratie – auf dem Bildungssektor traditionell für das Prinzip der Chancengleichheit zuständig – den Begriff der Elite enttabuisierte, sorgte für größte Verwunderung. Die Reaktionen führten schnell zur offiziellen Umbenennung der geplanten Initiative. Sie hieß fortan „Exzellenzinitiative.“ Damit sollte signalisiert werden, dass es keinesfalls um die Privilegierung einzelner Universitäten, sondern um einen allgemeinen Leistungswettbewerb gehen sollte. Alle Hochschulen hätten im Grundsatz die gleichen Chancen; jede Universität, die in der ersten Runde des Wettbewerbs verliere, könne in der zweiten zu den Gewinnern zählen, so die öffentlich immer wieder zu hörenden Äußerungen von den Befürwortern aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

Schon ein erster genauerer Blick auf die etymologischen Wurzeln des Wortes Exzellenz muss jedoch skeptisch stimmen. „Excellentia“, der lateinische Ursprung steht sowohl für herausragende Leistung bzw. Qualität als auch für eine herausgehobene höhere Stellung. Diese Doppelbedeutung hat sich im französischen „excellence“ über all die Jahrhunderte erhalten. Mit dem Wort „excellence“ werden in Frankreich auch heute noch ausgezeichnete Leistungen und hohe Würdenträger in Diplomatie wie Kirche gleichermaßen bezeichnet. Die Nähe zum Elitebegriff ist hier auch sprachlich unübersehbar. Elite bedeutet aber gerade nicht, dass alle die gleiche Chance haben; gemeint ist damit vielmehr eine dauerhafte Absonderung einer kleinen Gruppe vom Rest, von der Masse, eine Absonderung, die nicht ausschließlich, ja nicht einmal überwiegend auf Leistung zurückzuführen ist, sondern in hohem Maße auf Herkunft und die damit verknüpfte Einbindung in Macht- und Herrschaftsstrukturen (Hartmann 2002, 2004).

Wird die Entwicklung im Hochschulbereich hierzulande ebenfalls in diese Richtung laufen? Wird einer kleinen Zahl von Universitäten die Kennzeichnung Exzellenz oder Elite und der damit verbundene Status dauerhaft zuteil werden, ohne dass das offizielle Kriterium Leistung dafür allein oder auch nur vorrangig ausschlaggebend ist? Was bedeutet das für die soziale Zugänglichkeit und die Leistungsfähigkeit des deutschen Universitätssystems? Diesen Fragen soll im Folgenden nachgegangen werden.

Elite- und Massenuniversitäten

Wenn im universitären Kontext von Exzellenz die Rede ist, so ist zunächst nur eines klar. Begrifflich bedeutet Exzellenz den Abschied von der das deutsche Universitätssystem traditionell prägenden Vorstellung, dass alle Universitäten im Grundsatz gleich sind. Wenn man einige heraushebt, so ist das nur möglich um den Preis, dass die anderen herabgestuft werden. Die einen sind exzellent, die anderen nicht. Nicht mehr hohe Qualität in der Breite ist das wesentliche Ziel der Hochschulpolitik, sondern „Weltklasse“ bei einzelnen Institutionen, den sog. „Leuchttürmen“ der Wissenschaft. Noch vor Bekanntgabe der ersten Ergebnisse des Exzellenzwettbewerbs hat die ZEIT vom 17. November 2005 in einem Artikel dessen zentrale Wirkung mit dem treffenden Satz beschrieben: „Der Wettstreit wird das auf Gleichheit beruhende Universitätssystem endgültig zerschlagen.“

Zu diesem Zeitpunkt waren solche Feststellungen allerdings die Ausnahme. Einige Monate später sah das schon anders aus. Nachdem die Exzellenzinitiative politisch durchgesetzt war und die Ergebnisse der ersten Runde eine massive Konzentration erfolgreicher Anträge auf relativ wenige Universitäten zeigten, wurden auch die öffentlichen Stellungnahmen zusehends deutlicher. So hat der scheidende DFG-Präsident Ernst-Ludwig Winnacker in seiner Abschiedsrede auf der Jahresversammlung der DFG am 31. Mai 2006 den aus seiner Sicht entscheidenden Effekt der Exzellenzinitia-

tive klar benannt, indem er sagte, die Initiative sei mit den bisherigen Förderungen überhaupt nicht zu vergleichen, da sie die gesamte deutsche „Hochschul- und Forschungslandschaft in ungeahnter Weise verändern“ werde. Der von Ex-Bundespräsident Herzog 1997 geforderte „Ruck“ habe in Hochschulen und Wissenschaft „nun in Form eines Erdbebens stattgefunden.“ Die zwischen den Universitäten bereits bestehenden Qualitätsunterschiede würden durch die Exzellenzinitiative weiter wachsen. Neben „reinen Forschungsuniversitäten, die sich auch in der Ausbildung an den Anforderungen moderner wissenschaftlicher Forschung ausrichten, wird es solche geben, die dies nur ansatzweise und in einzelnen Fächern versuchen, solche, die diesen Anspruch erst gar nicht anstreben, und solche, die ihre Stärke eher in der Praxisorientierung suchen“, so Winnackers Resümee (Winnacker 2006: V, IXf.).

Der Prorektor der Universität Heidelberg, Jochen Tröger, hat denselben Sachverhalt in einem Interview mit der Heidelberger Studentenzeitung „ruprecht“ im Juni 2006 plastisch an einem Beispiel verdeutlicht: „Eine Universität wie München macht Top-Forschung, eine Universität wie Oldenburg macht fachbezogenen Hochschulausbildung von Leuten, die auch gebraucht werden“, so sein knappes Fazit. Die Wortwahl lässt erkennen, welche Vorstellungen bei den voraussichtlichen Gewinnern in diesem Wettbewerb vorherrschen. Es gibt exzellente Wissenschaftler und „Leute, die auch gebraucht werden“, sprich eine Elite und das Fußvolk. Sein Vorgänger hat das vor zwei Jahren in seiner Begründung harter universitätsinterner Auswahlverfahren genauso ausgedrückt, als er davon sprach, dass „Elite“ und „Masse“ eben nicht zusammenpassen.

Welches Grundprinzip die Exzellenzinitiative dominiert, war vor Verkündung der Wettbewerbsergebnisse schon unmissverständlich in dem bereits erwähnten ZEIT-Artikel zu lesen. Dort hieß es: „Im Zuge der Exzellenzinitiative wird das Matthäus-Prinzip künftig so stark in der Wissenschaft durchschlagen wie noch niemals zuvor.“ Wer hat, dem wird gegeben. So lautet die Logik des gesamten Wettbewerbs. Die erfolgreichen Anträge konzentrieren sich denn auch auf eine relativ kleine Zahl der insgesamt ca. 100 deutschen Universitäten. Das gilt für die dritte Förderlinie, für die sich von vornherein nur 27 Universitäten beworben hatten, von denen dann zehn in die engere Auswahl gekommen sind; und es gilt auch für die Auswahl der Graduiertenschulen und die Exzellenzcluster, an der sich (bei 135 bzw. 157 Bewerbungen) wesentlich mehr Hochschulen beteiligt haben. Von den 39 Graduiertenschulen, die die erste Runde überstanden haben, sind 18 an nur acht Universitäten angesiedelt (allein acht an den beiden Münchener Universitäten und der RWTH Aachen). Von den 41 noch im Wettbewerb befindlichen Exzellenzclustern vereinigen diese drei Hochschulen sogar neun auf sich. Weitere 14 Cluster entfallen auf noch sieben Universitäten, auf ganze zehn Universitäten also fast 60 Prozent.

Diese Konzentration zeigt deutlich, wohin die im Exzellenzwettbewerb zu vergebenden Mittel fließen werden. Es hat sich eine Spitzengruppe von zehn bis 20 Universitäten herausgebildet, die fast die gesamten Fördermittel abschöpfen werden. Rechnet man die Graduiertenschulen nicht mit (die bei einer Summe von einer Million Euro pro Jahr gegenüber den beiden anderen Förderungstypen weit abfallen), dann sind nur 28 Universitäten überhaupt in die zweite Runde des Wettbewerbs gelangt. Endgültig ausgewählt wird eine noch kleinere Zahl. Die Masse der deutschen Universitäten wird nicht nur beim Exzellenzwettbewerb außen vor bleiben, sie muss schon jetzt mit dem Etikett leben, allenfalls sehr eingeschränkt forschungsfähig zu sein.

Das deutsche Universitätswesen steht vor einer dauerhaften Aufspaltung in zwei Typen von Universitäten, Forschungs- und Ausbildungsuniversitäten. An den Ersteren wird die Forschung konzentriert, Letztere werden kaum noch forschen, sondern (wie heute schon die Fachhochschulen) zügig auf einen Beruf hin ausbilden. Wie ein solches System aussehen dürfte, zeigt eine ungewöhnlich klare Aussage des früheren Berliner Wissenschaftssenators George Turner im Tagesspiegel vom 5. März 2006: „Offiziell bleibt es dabei: Die Fachhochschulen sollen ausgebaut werden. Heimlich aber hat man sich von diesem Ziel verabschiedet, indem ‚bis zu zehn‘ Spitzenuniversitäten besonders gefördert werden sollen. Das heißt im Klartext: Der Rest der Universitäten wird zwar förmlich nicht zurückgestuft, de facto aber in die untere Liga eingeordnet. [...] Die Universitäten, welche nicht den Sprung in die ‚1.Liga‘ schaffen – und das wird die überwiegende Mehrheit sein –, und die Fachhochschulen werden näher zusammengedrückt. Auch wenn es kaum vorstellbar ist, dass es nur in fünf

Bundesländern so genannte Elite-Universitäten geben soll, und es deshalb denkbar ist, dass die Vorgabe ‚bis zu zehn‘ ins Wanken geraten könnte – von den knapp hundert staatlichen Universitäten werden die meisten zusammen mit den Fachhochschulen dem ‚Rest‘ angehören.“¹

Die flächendeckende Ersetzung der alten Uni-Abschlüsse Diplom und Staatsexamen zugunsten von Bachelor und Master ist eine wichtige Voraussetzung für diese Aufspaltung. Die in erster Linie für die studentische Ausbildung zuständigen Massenuniversitäten sollen die Masse der Bachelor-Absolventen schnell durch das Studium schleusen, um den zu erwartenden Studierendenberg ohne zusätzliche Personalstellen bewältigen zu können. Da nach dem Willen der meisten Wissenschaftsminister weniger als die Hälfte, in der Regel nur um die 30 Prozent der Studierenden nach dem Bachelor noch weiter an der Universität bleiben sollen, ist für eine (mehr oder minder) große Mehrheit der Studierenden ein Einblick in wissenschaftliche Forschung gar nicht mehr vorgesehen. Einzig kleinen auserwählten Gruppen wird der Blick in die Forschung vor dem ersten berufsqualifizierenden Abschluss gewährt. Die anderen müssen bis zum Masterstudium warten. Doch auch hier wird sich die Spaltung weiter fortsetzen. Wie die klassischen Technischen Hochschulen (die sogenannten T9) schon beschlossen haben, werden sie den Bachelor als Zugangsberechtigung zum Master nur dann ohne weitere Prüfungen anerkennen, wenn er an einer ihrer Mitgliedshochschulen gemacht worden ist. Das heißt, die sich selbst zur Elite zählenden Universitäten beginnen schon jetzt, sich gegenüber den anderen abzuschotten.

Die Geistes- und Sozialwissenschaften als große Verlierer

Die Aufspaltung der Hochschullandschaft betrifft nicht nur die Universitäten als Ganze, sie geht auch mit einer Verschiebung der Relationen zwischen den fünf großen Wissenschaftsgebieten (Geistes-, Sozial-, Ingenieur- und Naturwissenschaften sowie Medizin) einher. Seit die Ergebnisse der ersten Runde des Exzellenzwettbewerbs veröffentlicht worden sind, herrscht unter den Geistes- und Sozialwissenschaftlern Enttäuschung bis Entsetzen. Die Bilanz ist ernüchternd. Ein einziges Projekt mit erkennbar geisteswissenschaftlichem Schwerpunkt hat bei den Exzellenzclustern die erste Runde überstanden und mit gutem Willen zählen bestenfalls vier von insgesamt 41 ausgewählten Clustern zum weiteren Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften. Über ein Drittel der im ersten Durchlauf positiv bewerteten Cluster entfällt demgegenüber auf die Medizin und jeweils ein gutes Viertel auf die Natur- und Ingenieurwissenschaften. Die Verteilung der Mittel ist damit noch deutlich ungleichgewichtiger als in den Hochschuletats, wo die Geistes- und Sozialwissenschaften schon jetzt massiv benachteiligt sind. Sie bekommen, obwohl bei ihnen ungefähr doppelt so viele Studierende eingeschrieben sind wie in den Natur- und Ingenieurwissenschaften, nur halb so viel Geld. Im Exzellenzwettbewerb ist es nicht einmal mehr ein Fünftel.

Im Nachhinein entlarven sich Aussagen des Wissenschaftsrats und der DFG, die der Beruhigung skeptischer Geistes- und Sozialwissenschaftler dienen sollten, als weitgehend folgenloses Gerede. Was nützt es, wenn unmittelbar vor der Entscheidung von der Koordinatorin der DFG für die Exzellenzcluster mitgeteilt wird, dass man angenehm überrascht sei von der hohen Zahl der Antragsskizzen aus den Geisteswissenschaften, (insgesamt immerhin ein Viertel der 157 Anträge), und darauf auch besonders stolz, weil der DFG immer vorgeworfen werde, „die Geisteswissenschaften bei der Förderung von Drittmitteln im Vergleich zu anderen Disziplinen zu vernachlässigen“. Letztlich bestätigt die Entscheidung ja diesen Eindruck. Es ist genau das eingetreten, was die Skeptiker befürchtet haben. In der zweiten Förderlinie spielen die Geistes- und Sozialwissenschaften kaum eine Rolle. Die zwei Wochen später veröffentlichte Erklärung des Wissenschaftsrats, die „Stärkung der Geisteswissenschaften in den Universitäten“ sei sein „zentrales Anliegen“, ändert daran aber nichts. Sie bleibt ein Lippenbekenntnis.

¹ Eine gemeinsame Erklärung der Präsidenten der Humboldt Universität zu Berlin, der Universität Wien und der Universität Zürich im Juli 2006 weist in dieselbe Richtung, wenn sie davon spricht, dass europaweit von den heute existierenden ca. 1.000 Volluniversitäten in den nächsten Jahren nur noch rund 300 übrig bleiben werden, und in diesem Zusammenhang explizit die Exzellenzinitiative erwähnt.

Leistungs- oder Matthäusprinzip?

Die erwähnte Abschiedsrede des DFG-Präsidenten Winnacker enthält zwei interessante Passagen, die sich mit den beiden zentralen Einwänden gegen die Exzellenzinitiative beschäftigen: Handelt es sich beim Exzellenz-Wettbewerb wirklich um einen fairen Leistungswettbewerb? Und wie sehen die Folgen für die soziale Zugänglichkeit der deutschen Hochschulen aus? Angesichts der eindeutigen Resultate der ersten Runde verzichtet Winnacker hier auf die zuvor stets obligatorische Bemerkung, dass selbstverständlich jede Universität eine Chance habe, und räumt eine gravierende Verzerrung der Wettbewerbsbedingungen ein. Die unterschiedliche finanzielle Ausgangslage in den einzelnen Bundesländern Sorge dafür, dass „kein wirklicher Wettbewerb um Ressourcen aller Art, auch nicht um Ressourcen für die Forschung stattfinden“ könne und die Universitäten im Süden der Republik einen entscheidenden Vorteil besäßen. Nachdem die Exzellenzinitiative politisch durchgesetzt ist, kann man jetzt offensichtlich realistischere Aussagen treffen. Winnacker wirft sogar die Frage nach den Spielregeln auf, weil es immer nur dieselben seien, die gewinnen. Seine Lösung: eine Gebietsreform. Erst eine Reduzierung auf wenige Bundesländer könne „das Verhältnis Sieger/Verlierer in der Forschungsförderung“ wirklich umkehren (Winnacker 2006: VI).

So zutreffend Winnackers Kritik am bundesdeutschen Föderalismus sein mag,² den entscheidenden Punkt benennt er damit nicht. Selbst wenn es weniger Bundesländer gäbe und die Unterschiede zwischen ihren Hochschuletats geringer ausfielen als derzeit, hätte das Prinzip des Exzellenzwettbewerbs, die Starken zu stärken, im Endeffekt die gleiche Wirkung. Das Beispiel Bayern als eines der reichen Bundesländer zeigt das deutlich. Unter den Gewinnern befinden sich, das war auch vorher jedem informierten Beobachter klar, die beiden Münchener Universitäten; unter den Verlierern sind, auch das hat man wissen können, die Neugründungen der 1970er Jahre wie Bamberg, Bayreuth oder Passau. Die Ausgangsbedingungen sind einfach viel zu unterschiedlich, von der finanziellen Ausstattung über die Tradition (inkl. der traditionellen Beziehungen zu den wichtigen Drittmittelgebern) bis hin zum wissenschaftlichen Umfeld (Max-Planck-Institute, Fraunhofer- Institute etc.).

Wenn Winnacker darauf verweist, dass auch heute schon fast die Hälfte der DFG-Fördergelder an nicht einmal 20 Universitäten fließt, so zeigt das die historisch gewachsenen Differenzen. Über die tatsächliche Leistungsfähigkeit sagt es jedoch weit weniger aus, als die Zahlen auf den ersten Blick vermuten lassen. Ulrich Teichler demonstriert dies in seinem Buch „Hochschulstrukturen im Umbruch“ sehr eindrücklich anhand der DFG-Mittelvergabe der Jahre 1999 bis 2001. Damals gingen 32 Prozent dieser Mittel an die in diesem Ranking führenden zehn Universitäten, weitere 25 Prozent an die nächsten zehn, d.h. 57 Prozent an die besten 20 Universitäten, gerade einmal halb so viel an die nächsten 20 Universitäten und nur ganze acht Prozent an die auf den Plätzen 41 bis 50 rangierenden – scheinbar ein klarer Beleg für die enormen Leistungsunterschiede im deutschen Universitätssystem. Berücksichtigt man aber die Zahl der jeweils beschäftigten Wissenschaftler und rechnet nicht pro Hochschule, sondern pro Wissenschaftler, so ergibt sich ein weit weniger eindeutiges Bild. Zwar liegen die ersten zehn Universitäten mit ca. 61.000 Euro pro Kopf auch dann noch deutlich vorn, der Unterschied zu den Universitäten auf den Plätzen 41 bis 50, die es auf ca. 32.000 Euro bringen, fällt aber nur halb so hoch aus, wie die generellen Anteile es vermuten ließen. Lässt man die ersten zehn Universitäten außer Betracht, verringern sich die Differenzen noch einmal spürbar. Sie liegen dann nur noch zwischen ca. 46.000 Euro für die zweitbeste und 32.000 Euro für die fünfte Gruppe. Bei Berücksichtigung der Fächerverteilung würden die Unterschiede sogar noch weiter abnehmen. Teichler zeigt das am Beispiel Nordrhein-Westfalens, wo um die Jahrtausendwende, gewichtet man die Fächergruppen, unter den multidisziplinären Universitäten die am wenigsten erfolgreiche pro Kopf

² In diesem Zusammenhang ist erwähnenswert, dass der große Erfolg Baden-Württembergs mit vier von zehn Universitäten in der Endrunde der dritten Förderlinie auch darin begründet liegt, dass das Land zu den Exporteuren von Studierenden gehört. An seinen Universitäten werden 7,2 Prozent weniger Personen ausgebildet als es der Anzahl der im Land erworbenen Hochschulzugangsberechtigungen entspräche. In Nordrhein-Westfalen ist es genau umgekehrt (BMBF 2005: 198). Die Universitäten in Baden-Württemberg haben schon in der Vergangenheit die Maxime verfolgt, lieber weniger Studierende auszubilden und so bessere Bedingungen zu Lasten und auf Kosten anderer Bundesländer zu bieten.

immerhin noch 70 Prozent der Mittel einwerben konnte, die der erfolgreichsten zuteil wurden (Teichler 2005: 269).

Für riesige oder entscheidende Leistungsunterschiede sprechen diese Zahlen nicht. Teichler ist in seiner Einschätzung zuzustimmen, dass die Differenzen innerhalb der einzelnen Fakultäten in der Regel viel größer seien als die Unterschiede zwischen den Fakultäten oder gar den Hochschulen. Nicht ganze Fakultäten oder Hochschulen seien als exzellent beurteilt worden, sondern immer nur einzelne Wissenschaftler. In Zukunft, so Teichler, sei unter rein wissenschaftlichen Gesichtspunkten sogar damit zu rechnen, dass die Bedeutung der wissenschaftlichen Kooperation vor Ort und damit der Stellenwert der Hochschulen als Ganzen aufgrund der zunehmenden Spezialisierung und der dramatisch beschleunigten und erleichterten Kommunikationsmöglichkeiten noch weiter zurückgehen werde. Versuche, Fakultäten oder gar Hochschulen nach Qualität in Rangordnungen zu bringen, ähnelten daher immer mehr einem „Glasperlenspiel“ (ebd.: 338f.).

Die Exzellenzinitiative macht nun aber genau das. Sie stellt auf der Ebene der kompletten Universitäten grundsätzliche Unterschiede fest zwischen „exzellente“ auf der einen und „durchschnittlich“ auf der anderen Seite, spricht zwischen Elite und Masse, zementiert sie in einem Ranking und weitet sie auf Dauer weiter aus. Die von Winnacker angesprochenen knapp 20 Universitäten werden im Rahmen der Initiative nicht nur fast die Hälfte, sondern vermutlich über 90 Prozent der zu vergebenden Mittel auf sich vereinigen. Zudem, und das ist der wichtigere Punkt, wird der Exzellenzwettbewerb die Rangfolge verewigen. Er schafft damit erst jene grundlegende Differenz, die zu messen er vorgibt.

Die Hochschulen, die jetzt nicht zu den Gewinnern zählen, werden sich auch in Zukunft unwiderruflich im Hintertreffen befinden. Das gilt zunächst ganz unmittelbar finanziell, denn die Länder werden ja nicht nur ihren 25prozentigen Anteil an den Kosten der Exzellenzinitiative, sollten Universitäten aus ihrem Bundesland erfolgreich sein, finanzieren müssen, sie müssen nach dem Rückzug des Bundes aus dem Hochschulbau auch an diesem Punkt eine größere finanzielle Last tragen als bislang. Außerdem müssen die im Wettbewerb siegreichen Universitäten ab 2012 wieder mit den eigenen Mitteln haushalten, weil dann die Finanzierung über die Exzellenzinitiative ausläuft. Um das Niveau halten zu können, werden sie ab diesem Zeitpunkt mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit mehr Landesmittel bekommen. Bei realistischer Betrachtung bedeutet das: Um diese zusätzlichen Gelder aufbringen zu können, müssen die Länder woanders sparen. Allen augenblicklichen Verlautbarungen zum Trotz dürfte das auf Kosten der Verlierer des Wettbewerbs gehen. Dass anders lautende offizielle Aussagen vorrangig der Beruhigung dienen und in der Regel nur recht wenig mit der Realität zu tun haben, zeigen die Erfahrungen der letzten Jahre. Jeder Hochschulangehörige kann inzwischen ein trauriges Lied über gebrochene Hochschulpakete und andere nicht eingehaltene Vereinbarungen zwischen Landesregierungen und Hochschulen singen.

Zu den unmittelbaren finanziellen Folgen des neuen Verteilungsprinzips kommen jene Auswirkungen hinzu, die es auf die Mittelverteilung auf Länderebene hat. Die Hochschulen, die zu den Gewinnern zählen, werden dabei ungleich bessere Karten haben als der Rest. Wie das zukünftige Verteilungsprinzip sich auswirken wird, lässt die seit 2004 gültige leistungsorientierte Mittelverteilung in Nordrhein-Westfalen erahnen. Alle Sachmittel – jeder fünfte Euro, der aus Landesmitteln an die Hochschulen fließt – werden in NRW heute nach diesem Prinzip verteilt. Während früher die Anzahl der Wissenschaftler und der Umfang der eingeworbenen Drittmittel mit jeweils 20 Prozent gleich gewichtet wurden, geht der erstgenannte Faktor jetzt nur noch mit 7,5 Prozent in die Berechnung ein, die Drittmittel dagegen mit 27,5 Prozent. Das fällt um so schwerer ins Gewicht, als heute zusätzlich zu den Sachkosten für Forschung und Lehre auch die Mittel für allgemeine Aufgaben wie etwa die Bibliotheken oder das Rechenzentrum sowie die Verwaltungs- und Energiekosten aus diesem Etat bezahlt werden müssen. Am stärksten profitieren von diesem in NRW praktizierten Modell der Mittelverteilung wird die RWTH Aachen, auf die über ein Viertel der Drittmitteleinnahmen aller 25 nordrhein-westfälischen Hochschulen entfällt. Verlierer werden in erster Linie die Neugründungen und die früheren Gesamthochschulen sein. Der Rektor der Universität Wuppertal hat die Folgen für seine Hochschule im Januar dieses Jahres mit den Worten charakterisiert, dass Wuppertal „Jahr für Jahr mit ‚Kellertreppeneffekt‘, wie bei negativer Zinseszinsberechnung, erhebliche Mittel“ verliere, die dann

anderen Hochschulen zugute kämen. Es sei „eine Umverteilung im Land“, die jetzt stattfindet. Diese Entwicklung wird durch die Exzellenzinitiative weiter beschleunigt und verstärkt.

Die Sieger des Exzellenz-Wettbewerbs werden in den nächsten Jahren ihre überlegene Position auch bei der Konkurrenz um die guten Wissenschaftler und die guten Studierenden ausbauen können. Dank ihrer spürbar besseren finanziellen Ausstattung und des beträchtlichen Imagegewinns werden sie bei beiden Gruppen deutlich an Attraktivität zulegen. Sie haben die besten Chancen, sich bei den jetzt üblich gewordenen hochschulinternen Auswahlverfahren die leistungsstärksten Studierenden herauszufiltern. Auf diesem Wege können sie gleichzeitig noch ein zweites Ziel erreichen, die Zahl der Studienplätze spürbar zu reduzieren. Sollte es zudem gelingen, die Kapazitätsverordnung abzuschaffen, wäre es ihnen sogar möglich, exklusive Elitestudiengänge mit einer ganz kleinen Zahl von Studierenden einzurichten, ohne die bisherigen Beschränkungen beachten zu müssen. Klein und fein, so heißt die neue Devise. Der Rektor der Universität Mannheim, der Jurist Wolfgang Arndt, hält konsequenterweise die Forderung, die Hochschulkapazitäten wegen des zu erwartenden drastischen Anstiegs der Studierendenzahl auszubauen, für unsinnig und überflüssig, weil sich die Massenuniversität „völlig überlebt“ habe. Kurt von Figura, der Präsident der Universität Göttingen, will die Zahl der Studierenden an seiner Hochschule mittelfristig sogar sogleich um ein Drittel reduzieren, um ihr Profil als forschungsintensive und medizinisch-naturwissenschaftlich ausgerichtete Universität schärfen zu können.

Die Einführung von Studiengebühren unterstützt diese Entwicklung, weil sie auf Dauer zu einer Differenzierung der Gebühren je nach Hochschule führen wird. Wohin die weitere Entwicklung gehen wird, deutet der erste Gesetzesentwurf zum Studienbeitragsgesetz aus Hessen an. Er sah vor, dass die Hochschulen ab dem WS 2007/08 für alle nichtkonsekutiven Masterstudiengänge (ab dem WS 2010/11 auch für die konsekutiven), alle Promotionsstudiengänge und alle Nicht-EU-Ausländer bis zu 1.500 Euro verlangen können. Zwar haben die massiven Proteste an den hessischen Hochschulen im endgültigen Gesetzentwurf eine direkte Umsetzung dieser Vorstellungen verhindern können, die Pläne bleiben aber in den Schubladen der Ministerien. Eine zukünftige Eliteuniversität wird in Zukunft erheblich höhere Gebühren verlangen können als eine „normale“ Massenuniversität³ und nach dem Vorbild der USA dafür günstigere Studienbedingungen bieten. Die Massenuniversitäten dagegen müssten mit noch schlechteren Bedingungen als schon heute aufwarten, wären dafür aber auch preisgünstiger als die Topadressen. Die Aufspaltung der Hochschullandschaft würde noch weiter vorangehen.

Die Verlierer des Exzellenzwettbewerbs werden in jeder Hinsicht an Boden einbüßen. Von einer neuen Chance „beim nächsten Mal“ kann deshalb keine Rede sein. Wenn Politiker und Vertreter der federführenden Wissenschaftsorganisationen (Wissenschaftsrat und DFG) immer wieder betonen, dass – da ausschließlich die Leistung entscheide – eine Hochschule, die jetzt nicht unter den Gewinnern sei, durch eigene Anstrengung das Ziel durchaus noch erreichen könne, so hat das mit der Wirklichkeit nicht viel zu tun. Von einer möglichen Umkehrung des Verhältnisses zwischen Gewinnern und Verlierern kann keine Rede sein. Wer einmal oben ist, wird in der Regel oben bleiben. Die Eliteuniversitäten in den anderen führenden Industrieländern zeigen das sehr deutlich (Hartmann 2004: 109 ff.).

Dasselbe gilt auch mit Blick auf die einzelnen Fachdisziplinen. Von gleichen Chancen kann auch hier nicht die Rede sein. Dafür haben die Kriterien des Exzellenzwettbewerbs schon gesorgt. Die in der Bund-Länder-Vereinbarung als entscheidend geforderte „internationale Sichtbarkeit“ lässt sich in den Natur- und Ingenieurwissenschaften sowie der Medizin, in denen internationale Großprojekte alltag-

³ In der jüngsten Untersuchung des CHE zu den Studiengebühren in Deutschland lautet eines der zentralen Bewertungskriterien denn auch, dass den Hochschulen möglichst viel Spielraum zur Gestaltung der Studiengebühren eingeräumt werden müsse, um „so unter den Hochschulen Wettbewerb und Profilierung fördern“ zu können. Als „Best Law“ gilt dem CHE dementsprechend, wenn die Landesregierungen die Entscheidung über die Erhebung und Höhe von Studiengebühren den einzelnen Hochschulen ohne jede Vorbedingung überlassen (Müller et.al. 2006: 6, 14).

lich sind, in denen weltweit bekannte Preise (wie vor allem der Nobelpreis) vergeben werden und in denen die nationale Sprache und Kultur keine oder allenfalls eine sehr untergeordnete Rolle spielen, sehr viel leichter herstellen als in den Geistes- und Sozialwissenschaften. Auch lässt sich die in derselben Vereinbarung als wichtige Voraussetzung angeführte „wirtschaftliche Relevanz“ von ihnen ungleich einfacher nachweisen. Dass der DFG-Präsident Ernst-Ludwig Winnacker schon vor der Antragstellung davon sprach, die Exzellenzcluster sollten „weitgehend dem Modell der DFG-Forschungszentren“ entsprechen, hätte hellhörig machen können. Von den derzeit geförderten Zentren kommt nämlich kein einziges aus dem Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften.

Wenn der Historiker Ulrich Herbert, einer der Geisteswissenschaftler in der Kommission, im Tagespiegel vom 27. Januar 2005 offen sagt, die Exzellenzinitiative sei „nicht der Ort, an dem die Stärken der Geisteswissenschaften sichtbar werden“, und gleichzeitig ihre Leistungsfähigkeit im internationalen Vergleich mit den Worten rühmt, „nirgendwo in der Welt ist die Dichte und Qualität der Fächergruppe so hoch wie in Deutschland“, dann wird eines deutlich: die Geistes- wie auch die Sozialwissenschaften sind nicht an ihrer mangelnden Qualität gescheitert, sondern an den strukturellen Vorgaben des gesamten Wettbewerbs. Der öffentliche Anspruch der Initiative, bei ihr gehe es ausschließlich um die Leistung und um nichts anderes, entspricht offensichtlich nicht der Realität, denn niemand kann ernsthaft behaupten, die medizinische Forschung hierzulande sei mehr als dreimal so leistungstark wie die in den gesamten Geistes- und Sozialwissenschaften.

Die Eliteuniversitäten in den USA

Die USA mit ihrem traditionell hierarchisch sehr tief gestaffelten Hochschulsystem und ihren in der öffentlichen Meinung fest verankerten Rankings zeigen sehr deutlich, wie sich der mit der Exzellenzinitiative auch in Deutschlands Hochschulsystem Einzug haltende Mechanismus auf Dauer auswirken wird. Seit die Zeitschrift U.S. News & World Report Mitte der 1980er Jahre das erste Ranking veröffentlicht hat, haben Harvard, Princeton und Yale als die drei reichsten Hochschulen des Landes fast durchweg die ersten drei Plätze belegt. Einzig Stanford und das California Institut of Technology (CalTech) haben diese Phalanx einmal durchbrechen und sich an der Spitze platzieren können. Auch auf den übrigen Plätzen gab es in der Regel nur einen Wechsel zwischen den immer gleichen Universitäten, darunter stets alle acht Ivy-League-Hochschulen. So pendelt die University of Pennsylvania z.B. kontinuierlich zwischen den Plätzen vier und zehn und Cornell zwischen den Plätzen neun und vierzehn. Bemerkenswerte Veränderungen gab es in den beiden vergangenen Jahrzehnten nur zwei. Zum einen ist die Zahl der öffentlichen Einrichtungen unter den Top-Universitäten kontinuierlich gesunken. Waren anfangs noch sechs unter den ersten 20 vertreten, findet sich jetzt keine einzige mehr dort. Berkeley rangiert als beste staatliche Hochschule seit Jahren auf Platz 21. An die Stelle der staatlichen Einrichtungen sind private Universitäten wie CalTech (1987 noch auf Platz 21), Emory (1987 noch auf Platz 25) oder die damals unter den Top 25 überhaupt noch nicht vertretenen Universitäten Notre Dame und Vanderbilt gerückt. Zum anderen waren Ende der 1990er Jahre mit Stanford sowie CalTech und dem Massachusetts Institut of Technology (MIT) gleich drei stark technisch ausgerichtete Universitäten zeitweise unter den besten sechs zu finden. Beide Entwicklungen haben im Kern dieselbe Ursache, die den jeweiligen Hochschulen zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen. Der Niedergang der staatlichen Universitäten erfolgte parallel zur deutlichen Reduzierung der staatlichen Hochschuletats, und der Aufstieg von Stanford, noch mehr aber der von CalTech und MIT, war mit dem High-Tech- und Internet-Boom der späten 1990er Jahre und den daraus resultierenden Einnahmemöglichkeiten (vor allem in Form von Spenden erfolgreicher Absolventen in den einschlägigen Branchen) untrennbar verknüpft. Auch in den USA gilt, dass diejenigen im Ranking am besten abschneiden, die über das meiste Geld verfügen.

Die aufgrund der historischen Entstehungsbedingungen existierenden Unterschiede – die Ivy-League-Hochschulen z.B. als traditionelle Ausbildungsstätten für die Upper Class – werden durch das inzwischen fest etablierte Ranking von U.S. News & World Report weiter verstärkt und zementiert. Dafür sorgt vor allem die Bedeutung, die dem Prestige, d.h. in erster Linie der Rankingposition, bei der

Auswahl der bevorzugten Hochschule mittlerweile zukommt.⁴ Das Prestige ist der wichtigste Faktor geworden, noch vor der akademischen Qualität. Es spielt eine umso größere Rolle, je renommierter die Universität ist. So wird das Prestige in Harvard von über 80 Prozent der Bewerber als sehr oder extrem wichtig bezeichnet, die akademische Qualität dagegen nur von zwei Dritteln (Greene/Greene 1999: 20f., 264 ff.). Der entscheidende Grund hierfür ist in der Tatsache zu suchen, dass der Abschluss an einer der im Ranking führenden Hochschulen später die besten Berufsaussichten eröffnet, und das auch unabhängig von der tatsächlichen Qualität der Ausbildung.

Die nämlich ist im Undergraduate-Bereich vielfach weit schlechter, als man angesichts der renommierten Namen vermuten würde (Kirp 2003: 66 ff.; Newman et.al. 2004: 51 ff., 137 ff.). Große Teile der Lehre werden von Graduate Students und schlecht bezahlten Lehrbeauftragten übernommen, an manchen bekannten Universitäten bis zu 70 Prozent von Letzteren (Kirp 2003: 68; Newman et.al. 2004: 58f.). Die Professoren, vor allem die bekannteren unter ihnen, sehen Undergraduates dagegen in der Lehre kaum. Je renommierter und damit gefragter ein Professor ist, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass er von einem Teil seiner (sowieso schon nicht sehr umfangreichen) Lehrverpflichtungen freigestellt wird. Das angesehene American Council of Trustees and Alumni hat folgerichtig in einer Untersuchung der Lehrqualität von 50 renommierten Hochschulen nur zweien der acht Ivy-League-Institutionen wenigstens eine drei als Note gegeben. Die anderen brachten es nur auf Noten zwischen vier und sechs. Auch Berkeley, Northwestern oder Wisconsin-Madison erhielten sämtlich eine sechs (Latzer 2004, S. 15, 19, 23). Die öffentliche Diskussion interessiert sich nur für den Aufnahmeprozess, d.h. für die Frage, wie man in die Universitäten gelange, und die beruflichen Karrieren, d.h. die Frage, was man mit den Abschlüssen erreichen könne. Das sei ein „nationaler Skandal“, so formuliert es ein Beobachter drastisch (Fallows 2005: 44f.). Die geringe Beachtung, die der Lehre zuteil wird, ist eine konsequente Folge des Gewichts, das ihr beim Ranking zukommt. Direkt spielt sie überhaupt keine Rolle, indirekt nur über die Kriterien Kursgröße und Verhältnis Lehrende/Studierende. Sie machen zusammen gerade einmal zehn Prozent der Bewertung aus. Das auf den ersten Blick ebenfalls dazu gehörende und mit 16 Prozent gewichtigere Kriterium der Abschlussquote sagt seinerseits wenig über die Lehrqualität aus. Es reflektiere nur, so Richard Hersh, ehemals Direktor des Harvard Center of Moral Education und Präsident angesehener Hochschulen, das Prinzip „diamonds in, diamonds out, garbage in, garbage out“ (Hersh 2005: 230).

Wirklich entscheidend für die Position im Ranking sind zwei Faktoren, die akademische Reputation als Einzelkriterium mit 25 Prozent und die finanziellen Ressourcen mit insgesamt ebenfalls ca. 25 Prozent, die sich auf die Kriterien Bezahlung der Hochschullehrer, Ausgaben pro Studierenden und Spendeneinnahmen verteilen. Beide begünstigen massiv jene Universitäten, die wie Harvard, Princeton und Yale auf eine lange Tradition in der Ausbildung des Nachwuchses der Upper Class und einen dementsprechend hohen Kapitalstock sowie zahlreiche finanzkräftige Spender verfügen. Sie haben nicht nur das meiste Geld, sie können damit auch im Wettbewerb um die begehrten Wissenschaftler erfolgreicher als die Konkurrenz sein, wie die aktuellen Klagen des vergleichsweise armen und finanziell immer weiter zurückfallenden Berkeley zeigen, und so ihre Reputation⁵ kontinuierlich erhöhen. Finanzkraft und Reputation bilden einen sich stetig verstärkenden Kreislauf, der mittels der Rankingposition auch den mit 15 Prozent drittichtigsten Rankingfaktor entscheidend bestimmt und mit einbezieht, die Selektivität in der Auswahl der Studierenden. Je finanzkräftiger eine Universität und je größer ihr Renommee, desto höher ihre Rankingposition und damit auch die Anzahl von Bewerbern mit exquisiten Testergebnissen in den landesweiten Eignungstests (SAT) sowie der Prozentsatz dieser

⁴ Der berühmte Schriftsteller Tom Wolfe hat die Bedeutung von Ranking und Prestige treffend mit folgenden Worten charakterisiert: „The matter of how this third-rate news magazine, forever swallowing the dust from the feet of *Time* and *Newsweek*, managed to jack itself up to the eminence of ringmaster of American college education, forcing both parents and college administrators to jump through their hoops and rings of fire, is a long and perfectly ludicrous story that would inevitably reduce one to helpless laughter and distract us from the matter at hand. In any event, the result was that parents caught up in the madness of it all – and, as I say, it had become, and remains, a pandemic – were utterly consumed by a single passion: getting in ... preferably Harvard, or, if not Harvard, Yale; or, if not Yale, Princeton; or, if not Harvard, Yale, or Princeton, then ...“ (Wolfe 2005: xf.).

⁵ Die Bewertung erfolgt durch eine Umfrage unter Präsidenten, Kanzlern und den Leitern der für die Auswahl der Bewerber zuständigen Admissions Committees an US-Hochschulen.

besonders qualifizierten Bewerber, die letztlich doch eine Absage bekommen. Je höher diese Quote, umso besser für das Ranking, was wiederum die Zahl der besonders leistungsstarken, aber auch die der besonders zahlungskräftigen Bewerber in die Höhe treibt und damit die finanziellen Ressourcen stärkt und so weiter und so weiter – ein perfekter Mechanismus aus Sicht der Gewinner, ein teuflischer aus Sicht der Verlierer. Von gleichen Chancen für alle oder zumindest einen größeren Teil der konkurrierenden Hochschulen kann keine Rede sein. Nicht das Leistungsprinzip ist entscheidend, sondern das Matthäusprinzip.

Steigerung der sozialen Selektivität

Zur Frage, wie sich die Aufspaltung des Universitätssystems auf die soziale Rekrutierung der deutschen Studierenden auswirken wird, bemerkt Winnacker in seiner Rede zunächst lapidar, dass diese Entwicklung „nicht im Widerspruch zu der berechtigten Forderung stehen [müsse], unsere Hochschulen Studierenden aller gesellschaftlichen Schichten zu öffnen“, und fährt fort, dass man gut beraten wäre, „allen Absolventen eines Jahrgangs diejenigen Ausbildungsmöglichkeiten anzubieten, die ihrer jeweiligen intellektuellen Kapazität angemessen“ seien, dass indes das „menschliche Potential, um 90 Spitzenuniversitäten in Deutschland zu bedienen, [aber] schlichtweg nicht vorhanden“ sei (Winnacker 2006: X).

Auch wenn der letzte Teil dieser Aussage zweifellos richtig ist – diesen Anspruch erhebt aber niemand und kein Land der Welt könnte ihm gerecht werden –, stellt sich doch die Frage, welche Konsequenzen die Exzellenzinitiative für die soziale Zugänglichkeit der Hochschulen tatsächlich haben wird. Was bedeutet es konkret, dass die beschriebene Entwicklung „nicht im Widerspruch“ zum Anspruch eines offenen Zugangs für alle Schichten stehen müsse und allen Absolventen angemessene Ausbildungsmöglichkeiten anzubieten seien? Auch hier lohnt ein Blick in die USA, das explizite oder zumindest implizite Vorbild für die meisten Umstrukturierungen im deutschen Hochschulwesen, um erahnen zu können, wohin die Reise gehen wird bzw. was mit solchen eher kryptischen Formulierungen gemeint ist.

In den USA verteilen sich die Studierenden auf über 4.000 Hochschulen ganz unterschiedlicher Qualität, von zweijährigen Community Colleges auf dem Niveau deutscher Oberstufen über vierjährige öffentliche Colleges, die in ihrer Qualität von Technikerschulen bis hin zu Berufsakademien reichen, sowie auf staatliche und private Universitäten auf Fachhochschulniveau bis hin zu den berühmten Leuchttürmen der Wissenschaft. Den deutschen Fachhochschulen vergleichbar sind ungefähr 250 dieser Einrichtungen, den deutschen Universitäten ca. 150, die so genannten Doctoral/Research Universities - Extensive. Generell gilt dabei die Regel, dass die soziale Zusammensetzung der Studierenden an diesen Hochschulen umso exklusiver ist, je höher sie in der Hierarchie rangieren und je teurer sie sind. Die untere Hälfte der Bevölkerung schickt ihre Kinder zu fast 90 Prozent auf jene der über 4.000 Hochschulen, die sich bestenfalls auf dem Niveau von Berufsakademien bewegen. Nahezu jedes zweite dieser Kinder geht sogar nur auf eines der Zwei-Jahres-Colleges. Auf die teuren Privatuniversitäten schaffen es gerade einmal drei Prozent von ihnen. Vom Nachwuchs aus reichen Familien geht dagegen jeder fünfte dorthin (Hartmann 2005b: 441f.). Die soziale Zusammensetzung der Studierenden sieht entsprechend aus. An den genannten ca. 150 Research Universities stammen weniger als zehn Prozent aus der unteren Hälfte der Bevölkerung, 74 Prozent kommen aus dem oberen Viertel (Carnevale/Rose 2004: 106; CollegeBoard 2004: 33). Die Rekrutierung ist damit sozial erheblich selektiver als an den deutschen Universitäten, wo allerdings auch bereits zwei Drittel der Studierenden aus dem oberen Drittel der Bevölkerung stammen. Die privaten Eliteuniversitäten sind noch sehr viel exklusiver. Vier von fünf Studierenden kommen dort aus dem oberen Fünftel der Gesellschaft. Jeder fünfte stammt sogar aus den obersten zwei Prozent mit Familienjahreseinkommen von mehr als 200.000 Dollar. Die oberen zwei Prozent der Bevölkerung stellen damit genau so viele Studierende wie die unteren vier Fünftel (Hartmann 2005b: 454; Hill et.al. 2004: 6).

An den US-Eliteuniversitäten sorgen neben den sehr hohen Studienkosten (Hartmann 2005b) vor allem die Auswahlprozeduren für die massive soziale Selektivität. Die Entscheidung über Aufnahme oder Ablehnung erfolgt nach zwei zentralen Kriterien: der in erster Linie durch die SAT-Scores ge-

messenen intellektuellen Leistungsfähigkeit und der Persönlichkeit der Bewerber. Das zweite Kriterium wurde in den 1920er Jahren zunächst in Harvard, Princeton und Yale eingeführt (wie eine Untersuchung der Aufnahmeprozesse an diesen Hochschulen während des 20. Jahrhunderts zeigt, Karabel 2005). Angesichts des großen Erfolgs jüdischer Bewerber, die ihren Anteil an den Studierenden auf ein Fünftel hatten steigern können, drohte die Abwanderung traditioneller Upper-Class-Kinder, wie sie an der Columbia University schon zu beobachten war. Man ging man deshalb von dem zuvor fast ausschließlich auf intellektuelle Leistung orientierten Auswahlmodus ab. Der Charakter wurde zum neuen zentralen Kriterium. Auf diese Art konnte man sicherstellen, dass der Anteil der jüdischen Studierenden die Marke von zehn Prozent nicht nennenswert überstieg und die Studienplätze auch weiterhin vorwiegend an den Nachwuchs aus den wohlhabenden Familien des Landes vergeben wurden. Das erschien angesichts der zum Teil heftigen Proteste vieler Alumni erforderlich, wollte man nicht riskieren, dass der Spendenfluss spürbar abnahm.

Bis heute hat sich an diesem Prinzip trotz der seit den 1970er Jahren wieder stärkeren Betonung intellektueller Leistungen im Grundsatz nichts geändert. Karabel schildert das sehr eindrücklich. Offiziell betont werden (wie von dem die gesamten 1990er Jahre amtierenden Präsidenten von Harvard, Neil Rudenstine) erwünschte Eigenschaften wie Charakter, Energie, Neugier und Entschlossenheit. Was die für die Kandidatenauslese zuständigen Alumni und Admissions-Committee-Mitglieder indes tatsächlich prämiieren, ist vor allem eines: Übereinstimmung mit ihren eigenen Einstellungen, Verhaltens- und Denkweisen, d.h. letztlich soziale Ähnlichkeit.⁶ Karabel zitiert aus den Protokollen der Admissions Committees dieser Zeit Passagen, die überdeutlich zeigen, wie oberflächlich und von persönlichen Vorurteilen oder Vorlieben geprägt die Beurteilungen zum Teil zustande kommen. So sind dort Kommentare zu finden wie „klein mit großen Ohren“ oder „ein junger Mann mit Igel-Haarschnitt“, Kommentare, die kaum etwas Substantielles über die offiziell betonten Charaktereigenschaften verraten. Besonders klar offenbart sich das Ausleseprinzip in folgender Bewertung: „Diese junge Frau könnte eine der intelligentesten Bewerberinnen im Kandidatenpool sein, doch gibt es mehrere Hinweise auf Schüchternheit und der Alumni IV [Interviewer] ist negativ“ (Karabel 2005: 509f.). Wen man sich vorstellt, wie sich jemand in einem solchen Auswahlgespräch präsentiert, der aus einer Farmer- oder Arbeiterfamilie stammt und zudem vielleicht auch noch aus einer kleineren Stadt im Mittleren Westen der USA, dann lässt sich unschwer erahnen, woher die kritisierte Schüchternheit rührt. Das Kind eines Wall-Street-Bankiers oder eines Professorenehepaars dürfte da ganz anders auftreten, weil es in der Regel nicht nur die Codes dieser Kreise seit Kindesbeinen verinnerlicht hat, sondern weil auch sein Wissen um die konkreten Prozeduren des Verfahrens größer und seine Angst entsprechend geringer ist.⁷ Von gleichen Chancen für alle Bewerber kann also selbst dann nicht gesprochen werden, wenn man die je nach sozialer Herkunft sehr unterschiedlichen Voraussetzungen für den Erwerb intellektueller Fähigkeiten außer Betracht lässt. Klassenzugehörigkeit wirkt im Bewerbungsprozess nicht nur indirekt, sondern auch ganz unmittelbar.

Winnackers Aussage, die mit der Exzellenzinitiative verknüpfte Entwicklung müsse nicht im Widerspruch zum Anspruch auf soziale Öffnung der Hochschulen stehen und jedem müsse die seinen intellektuellen Fähigkeiten angemessene Ausbildungsmöglichkeit angeboten werden, wirkt angesichts der US-amerikanischen Erfahrungen wenig überzeugend und beruhigend. Auch in Deutschland wird die Hierarchisierung der Hochschullandschaft auf Dauer dazu führen, dass sich die Studierenden an den zukünftigen Elite- und Forschungsuniversitäten erheblich stärker als heute aus bürgerlichen und akademischen Familien rekrutieren und die Kinder aus der übrigen Bevölkerung an den Massenuniversitäten und (wie schon heute) den Fachhochschulen zu finden sein werden. Das bedeutet für sie dann „angemessene Ausbildungsmöglichkeit“. Die soziale Selektivität wird insgesamt zweifelsohne zunehmen. Dafür werden nach dem Muster der USA vor allem individuelle Aufnahmeverfahren,⁸

⁶ Vgl. zur Wirksamkeit solcher Mechanismen in Elitebildungseinrichtungen Bourdieu 2004 und beim Zugang zu Elitepositionen Hartmann 2002 und 2004.

⁷ Vgl. dazu Hartmann 2002: 117 ff.

⁸ Der soziale Selektionsgehalt von Auswahlgesprächen tritt zuweilen offen zutage. So wurde am Institut für Politikwissenschaften der TU Darmstadt im Auswahlverfahren gefragt: „Welche ausländischen Tageszeitungen lesen Sie?“. In welchen Haushalten werden schon Zeitungen wie die New York Times oder die International

eventuell in Kombination mit der Einführung kostenpflichtiger Aufnahmetests,⁹ und steigende Studiengebühren sorgen. Eliteuniversitäten haben eben vor allem eine gesellschaftliche Funktion. Sie sorgen für die Stabilisierung der gegebenen gesellschaftlichen Machtverhältnisse und damit auch der Strukturen sozialer Ungleichheit.

Eliteuniversitäten - ein Weg zu höherer wissenschaftlicher Leistung oder ein Irrweg?

Aber selbst wenn man sich ausschließlich auf das Argument konzentriert, das die Befürworter der Exzellenzinitiative als wesentlich für die Etablierung von Eliteuniversitäten anführen – die versprochene Steigerung der wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit des Hochschulsystems – offenbart der Blick „über den großen Teich“ gravierende Schwächen des Konzepts. Das Vorbild der US-Spitzenuniversitäten ist nämlich auch in dieser Hinsicht nicht so glänzend, wie es dargestellt wird, und, was noch wichtiger ist, auch nicht so einfach kopierbar. Was den ersten Punkt angeht, so sieht es in den USA gerade in den (in der hiesigen Diskussion immer besonders betonten) Natur- und Ingenieurwissenschaften bei weitem nicht so rosig aus, wie gemeinhin angenommen wird. Die Hochschulabschlüsse in diesen Disziplinen haben in den USA zwischen 1975 und 2000 nur noch um ein Drittel zugenommen. In den meisten größeren Industrieländern waren es dagegen zwischen 100 und 500 Prozent. Die USA sind in diesem Punkt folgerichtig vom dritten auf den 15., d.h. den drittletzten Platz zurückgefallen. Die Folgen lassen sich anhand der wichtigen wissenschaftlichen Veröffentlichungen aus diesem Bereich schon jetzt erkennen. Deren Anzahl ist in den USA seit Anfang der 1990er Jahre nicht mehr gestiegen, hat in Westeuropa dagegen um gut 60 Prozent zugenommen. Westeuropa hat die USA inzwischen deutlich überflügelt (Bowen et.al. 2005: 48f., 58f.). Berücksichtigt man, dass vor allem an den US-Eliteuniversitäten über die Hälfte der Natur- und Ingenieurwissenschaftler aus dem Ausland kommt,¹⁰ fällt die Bilanz noch schlechter aus; denn ihre Veröffentlichungen zählen, so lange sie in den USA tätig sind, für die USA mit. Das ist die Kehrseite des Elitesystems. Zum einen lenkt es die Studierenden in die Fächer, die die höchsten Einkommen und damit die besten Möglichkeiten zur Amortisierung der extrem hohen Studienkosten versprechen, und das sind Economics, Law and Medicine. Zum anderen untergräbt die enorme Konzentration der Mittel an wenigen Hochschulen das Niveau an den meisten anderen.

Dieses Problem wird in den USA durch den weltweiten Einkauf von Spitzenwissenschaftlern aus allen Bereichen, speziell aus den Natur- und Ingenieurwissenschaften, zumindest entschärft; ein Weg, der in Deutschland nicht gangbar sein wird. Das US-Modell ist aufgrund unzureichender finanzieller Ressourcen nicht kopierbar. Um in der Konkurrenz um begehrte Wissenschaftler mit Harvard & Co. mithalten zu können, wird trotz Exzellenzinitiative auch in Zukunft das nötige Geld fehlen. Das räumen selbst engagierte Befürworter der laufenden Umstrukturierungen im deutschen Hochschulsystem ein. So verglich beispielsweise der Leiter des CHE, Detlev Müller-Böling, im August letzten Jahres in der Zeitschrift „Karriere“ die Unterschiede in der Finanzkraft zwischen Stanford und der FU

Herald Tribune gelesen. Zumeist bleibt dieser Aspekt allerdings verborgen und wird erst bei genauerem Hinsehen erkennbar, wie z.B. im neuen Auswahlprozess desselben Instituts. Weil die allermeisten der erhofften und auch ausgewählten „Elitestudierenden“ andere Universitäten vorgezogen haben, erfolgt die Auswahl jetzt in einem weniger zeitaufwendigen Verfahren durch eine Kombination von Abiturnoten und der Bewertung eines Bewerbungsschreibens, in dem die Wahl des Fachs und des Studienorts begründet werden soll. Vor allem die Begründung des Studienorts begünstigt aber auch weiterhin eindeutig die Bewerber aus Akademikerfamilien. Da sich kaum jemand ausschließlich für die TU Darmstadt bewerben dürfte, kommt es im Grunde darauf an, schriftlich ein Interesse vorzuspiegeln, dass in dieser Weise gar nicht existiert. Es werden letztlich Formulierungskünste und die Kenntnis universitärer Spielregeln abgefragt, ein Punkt, der den Nachwuchs aus den sog. „bildungsfernen“ Familien erheblich benachteiligt.

⁹ Der Vizepräsident der FU Berlin, Werner Väth, denkt angesichts der deutlichen Zunahme von Bewerbungen (häufig Mehrfachbewerbungen) inzwischen laut über diese Möglichkeit nach. In den USA ist das inzwischen an vielen Universitäten gang und gäbe. Bei Summen von durchschnittlich 100 Dollar ergibt sich bei mehreren Bewerbungen durchaus eine Gesamtsumme, die für Kinder aus ärmeren Familien die Zahl möglicher Bewerbungen spürbar einschränkt.

¹⁰ Im letzten Jahrzehnt entfiel über ein Drittel der in den USA erfolgten Promotionen auf Ausländer. In den Natur- und Ingenieurwissenschaften waren es bis zu 50 Prozent, in einzelnen Fächern wie etwa der Elektrotechnik sogar zwei Drittel (Janson et.al 2006: 40).

Berlin sehr anschaulich mit der zwischen Bayern München und Alemannia Aachen, damals noch in der 2. Bundesliga. Hans Weiler, früherer Stanford-Professor und einflussreicher Berater der Bundesregierung und vieler Länderregierungen in Hochschulfragen, äußerte sich im Tagesspiegel vom 21. März 2006 ähnlich. Er wies auf die schlichte Tatsache hin, dass Stanford für seine ca. 16.000 Studierenden ein jährlicher Etat zur Verfügung stehe, der dem gesamten Hochschuletat des reichsten Bundeslandes, Baden-Württemberg, entspreche. Von Konkurrenz auf Augenhöhe kann man angesichts solcher Relationen ganz gewiss nicht sprechen.

Das aber heißt, dass man hierzulande die trotz der zahllosen Sparmaßnahmen immer noch vorhandene hohe Qualität in der Breite zu opfern bereit ist, ohne einen auch nur halbwegs adäquaten Ersatz bieten zu können. Die Minderheit der Universitäten, die zu den Gewinnern der jetzigen Entwicklung zählt, dürfte den Verlust an Forschungskapazität, der dem Rest droht, nicht kompensieren können. Eine kleine Universität im Osten der Republik wird dann keine Chance mehr haben, einen Spitzenwissenschaftler in ihren Mauern zu beherbergen, wie es die TU Ilmenau mit dem MP3-Erfinder Karlheinz Brandenburg heute noch kann. Für die Ausbildungsqualität gilt das in noch viel stärkerem Maße. Wenn man in den zuständigen Ministerien glaubt oder hofft, mit den bisherigen Mitteln¹¹ die bevorstehende Zunahme der Studierenden um ca. 30 Prozent ohne Qualitätseinbußen bewältigen und die übergroße Mehrheit Kosten sparend in Bachelor-Kurzzeitstudiengängen durch die Universitäten schleusen zu können, erliegt man einem schwerwiegenden Irrtum. Die geplante Reduzierung der Studierendenzahlen an vielen der zukünftigen Elite- oder Forschungsuniversitäten wird das Problem sogar noch weiter verschärfen, so dass bei den Absolventen insgesamt mit einer spürbaren Abnahme des Niveaus zu rechnen ist.

Außerdem wird die Hierarchisierung der Universitäten nach US-Muster auch eine Hierarchisierung der Arbeitsmarktchancen zur Folge haben. Bislang ist es in Deutschland aufgrund der relativ ausgeglichenen Qualität der universitären Ausbildung egal, wo man studiert hat, wenn es um die Bewerbung für eine Stelle geht. Das haben eigene Untersuchungen zu den Karriereverläufen verschiedener Akademikergruppen, vor allem aber eine Analyse der Berufsverläufe von promovierten Ingenieuren, Juristen und Wirtschaftswissenschaftlern zwischen 1955 und 1999 eindeutig gezeigt (Hartmann 2002: 106f., 2005a: 265). Alle Universitäten gelten bei den Personalverantwortlichen (noch) als gleichwertig. Das gilt selbst für die Karriereverläufe von Topmanagern. So hat z.B. der neue Vorstandsvorsitzende von DaimlerChrysler, Dieter Zetsche, 1982 an der Gesamthochschule Paderborn (inzwischen Universität Paderborn) promoviert. Ob jemand seinen Abschluss an einer der zukünftigen Elite- oder Forschungsuniversitäten wie München, Heidelberg oder Aachen gemacht hat oder an einer Neugründung der 1970er Jahre wie Dortmund, Oldenburg oder Passau, spielt noch keine Rolle. Das wird in Zukunft anders sein. Wie in den USA, Frankreich, Großbritannien oder Japan wird maßgeblich der Name der Hochschule Türen öffnen oder verschließen. Die Entscheidung über die zukünftigen Berufswege wird dann auch im Hochschulsystem (wie bisher schon in der Schule) sehr frühzeitig gefällt, intellektuelles Potenzial damit verschenkt. Dazu kommt der in sozialer Hinsicht gravierendste Punkt: die zu erwartende deutliche Zunahme an sozialer Selektivität. Alles in allem ist deshalb zutiefst zu bezweifeln, ob der jetzt beschrittene Weg der richtige ist.

Der Glaube oder die Hoffnung, durch Konzentration der vorhandenen Mittel auf wenige Universitäten dem Problem der Unterfinanzierung des gesamten Hochschulsystems beikommen zu können, dazu die mittlerweile auch im Hochschulbereich dominierenden ökonomistischen Denkmuster – Winnacker spricht in seiner Rede von Forschungsergebnissen als Produkten, „die sich an einem Markt bewähren müssen (Winnacker 2006: V) – führen in jeder Hinsicht in die Irre. Wissenschaftliche Erkenntnisse sind keine Waren, die sich wie Autos oder Fernseher auf einem Markt verkaufen lassen müssen. Als generelles Fazit bleibt: Die Exzellenzinitiative kann die realen Probleme an den Hochschulen durch die ihr zuteil werdende mediale Aufmerksamkeit allenfalls kaschieren, einen Bei-

¹¹ 2004 sind die staatlichen Mittel für die Hochschulen erstmals seit 1996 sogar auch nominal gesunken, von 17,8 Mrd. auf 17,1 Mrd. Euro, ein Rückgang um immerhin vier Prozent.

trag zu ihrer Lösung bietet sie nicht. Sie wird diese Probleme vielmehr ganz im Gegenteil sogar noch verschärfen.

Literatur:

- BMBF (Bundesministerium für Bildung und Forschung) (2005): Grund- und Strukturdaten 2005. Berlin
- Bourdieu, Pierre (2004): Der Staatsadel. Konstanz
- Bowen, William G. / Kurzweil, Martin A. / Tobin, Eugene M. (2005): Equity and Excellence in American Higher Education. Charlottesville
- Carnevale, Anthony P. / Rose, Stephen J. (2004): Socioeconomic Status, Race/Ethnicity, and Selective College Admissions, in: Kahlenberg, Richard D. (Ed.), America's Untapped Resource: Low-Income Students in Higher Education. New York, 101-156
- CollegeBoard (2004): Education Pays 2004. Washington, D.C.
- Fallows, James (2005): College Admissions: A Substitute for Quality? in: Hersh, Richard H. / Merrow, John (Eds.), Declining by Degrees: Higher Education at Risk. New York, 39-46
- Greene, Howard / Greene, Matthew (1999): Inside the Top Colleges. Realities of Life and Learning in America's Elite Colleges. New York
- Hartmann, Michael (2002): Der Mythos von den Leistungseliten. Spitzenkarrieren und soziale Herkunft in Wirtschaft, Politik, Justiz und Wissenschaft. Frankfurt a. M.
- Hartmann, Michael (2004): Elitesozologie. Eine Einführung. Frankfurt a. M.
- Hartmann, Michael (2005a): Eliten und das Feld der Macht, in: Colliot-Thélène, Catherine / François, Etienne / Gebauer, Gunter (Hrsg.), Pierre Bourdieu: Deutsch-französische Perspektiven. Frankfurt a. M., 255-275
- Hartmann, Michael (2005b): Studiengebühren und Hochschulzugang: Vorbild USA? In Leviathan, 33, 439-463
- Hersh, Richard H. (2005): Afterword. What Difference does a College Make? In: Hersh, Richard H. / Merrow, John (Eds.), Declining by Degrees: Higher Education at Risk. New York, 229-232
- Hill, Catherine / Winston, Gordon / Boyd, Stephanie (2004): Affordability: Family Incomes and Net Prices at Highly Selective Private Colleges and Universities. Discussion Paper: Williams Project on the Economics of Higher Education. Williamstown
- Janson, Kerstin / Schomburg, Harald / Teichler, Ulrich (2006): Wissenschaftliche Wege zur Professur oder ins Abseits? Studie des INCHER für das German Academic International Network. Kassel
- Karabel, Jerome (2005): The Chosen. Boston
- Kirp, David L. (2003): Shakespeare, Einstein, and the Bottom Line. The Marketing of Higher Education. Cambridge/Mass.
- Latzer, Barry: The Hollow Core. Failure of the General Education Curriculum. Washington D.C: American Council of Trustees and Alumni 2004
- Müller, Ulrich / Ziegele, Frank / Langer, Markus (2006): Studienbeiträge: Regelungen der Länder im Vergleich. Arbeitspapier Nr. 78 des CHE (Centrum für Hochschulentwicklung). Gütersloh
- Newman, Frank / Couturier, Lara / Scurry, Jamie (2004): The Future of Higher Education. Rhetoric, Reality, and the Risks of the Market. San Francisco
- Teichler, Ulrich (2005): Hochschulstrukturen im Umbruch. Eine Bilanz der Reformdynamik seit vier Jahrzehnten. Frankfurt a. M.
- Winnacker, Ernst-Ludwig (2006): Im Wettbewerb um neues Wissen: Exzellenz zählt, in: forschung. Das Magazin der Deutschen Forschungsgemeinschaft 2/2006, V-XI
- Wolfe, Tom (2005): Foreword, in: Hersh, Richard H. / Merrow, John (Eds.), Declining by Degrees: Higher Education at Risk. New York, ix-xi

Leistungs- und Geschlechterkonstruktionen in der alltäglichen Praxis der Wissenschaft

Dr. Sandra Beaufajjs

In der Auseinandersetzung um die Reform der Hochschulen spielt der Begriff Exzellenz eine tragende Rolle. Gemeint ist die herausragende wissenschaftliche Leistung. Im „Pakt für Forschung und Innovation“ zwischen Bund und Ländern verfolgt die Kultusministerkonferenz damit eine klare Auslesestrategie. „Durch neue Strukturen und zusätzliche Mittel für die Spitzenförderung [...], soll in einem offenen Wettbewerb das ganze Wissenschaftssystem zu internationaler Spitzenleistung motiviert, die Spitzen identifiziert und international sichtbar gemacht werden“ (KMK 2006: 1). Im Rahmen der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses wird von einem „Pyramidenmodell der Bestenauslese“ (ebd.: 14) gesprochen. Von Chancengleichheit ist dagegen nicht die Rede. Diese wurde offenbar ersetzt durch den Hinweis auf Bestenförderung.

Um zu verdeutlichen, dass solche Leistungsdiskurse sich mit der Idee der Chancengleichheit nicht vertragen, möchte ich hier herausarbeiten, wie Leistungsurteile im wissenschaftlichen Alltag entstehen – denn hier werden sie vor allem und zunächst gefällt. Was exzellent ist, entscheidet nicht die Kultusministerkonferenz, sondern dies entscheiden die Wissenschaftler und die wissenschaftliche Gemeinschaft selbst. In meinem Beitrag geht es mir um die soziale Dimension von Leistung, die ich auf spezifische Weise konzeptualisiere: Leistungen werden nicht einfach von Personen „erbracht“, die mit einem „Potenzial“ dazu ausgestattet sind. Vielmehr entstehen sie, so meine Argumentation, in sozialen Prozessen von Zuschreibung und Anerkennung. Auch wissenschaftliche Leistung ist deshalb niemals frei von Machtverhältnissen und damit auch nicht – wie meistens vorausgesetzt – objektive Grundlage für einen „fairen Wettbewerb“ um rare Spitzenpositionen in diesem gesellschaftlichen Handlungsfeld.

Um diese Argumentation zu entwickeln, werde ich – geleitet von der Frage, wie Leistung als soziale Konstruktion erst in der sozialen Praxis entsteht – folgendermaßen vorgehen:

1. Zunächst kläre ich aus einer wissenschaftssoziologisch informierten Perspektive und im Rekurs auf Analysekonzepte von Pierre Bourdieu die soziale Dimension von Leistung.
2. Anschließend stelle ich einige Befunde zu den Maximen alltäglicher wissenschaftlicher Praxis vor, die einer empirischen Studie über „Karrierebedingungen von NachwuchswissenschaftlerInnen“ entstammen. Die qualitative Untersuchung habe ich gemeinsam mit Beate Kraus in den Jahren 1998 bis 2002 an der TU Darmstadt durchgeführt.
3. Wir konnten darin u.a. zeigen, dass für das Sichtbar-Werden und die Anerkennung von Leistung im wissenschaftlichen Feld zum einen das *Selbstverständnis* der Nachwuchswissenschaftler/innen und zum anderen die *Vorverständnisse* der Mentoren bei der Wahrnehmung ihrer Mitarbeiter/innen von zentraler Bedeutung sind. Über das empirische Material der Studie werde ich das Selbstverständnis von Nachwuchswissenschaftler/innen und die Förderungspraxis von Mentoren herausarbeiten, in der sich die „*illusio*“ des wissenschaftlichen Feldes spiegelt. In diese *illusio*, also in den praktischen Sinn des wissenschaftlichen Feldes, sind Ausschlussmechanismen eingelagert, die vor allem Frauen auf dem Weg zu einer wissenschaftlichen Karriere behindern.

Die soziale Dimension von Leistung

Was in den Diskussionen um Exzellenz in der Wissenschaft zumeist außer Acht gelassen wird, ist die soziale Dimension von Leistung. Dazu gehören folgende Aspekte:

1. existiert Leistung nicht unabhängig von Akteuren „an und für sich“. Sie muss zur Darstellung gebracht werden, um sichtbar zu sein und sie wird mit Akteuren verbunden, denen sie zugeschrieben wird (vgl. Pfadenhauer 2003; Beaufaÿs 2006; Beaufaÿs/Krais 2006).
2. ist Leistung somit keine „Handlungskategorie“, sondern in erster Linie eine „Zuschreibungskategorie“: Wird Leistung als „Handlungskategorie“ aufgefasst, wird sie personalisiert bzw. zu einem individuellen Gut gemacht. Jemand, eine Einzelperson, leistet etwas, tut dies „aus sich heraus“ und hat es dann dementsprechend verdient, in die meritokratische Elite aufgenommen zu werden. Leistungen werden aber häufig erst in der Rückschau sichtbar, nämlich dann, wenn jemand bereits als Teil der Auserwählten gilt (vgl. Krais 2000a: 145). Es gibt keine Leistung ohne Anerkennung, denn erst wenn die etablierten wissenschaftlichen Akteure „erkennen“, dass es sich um eine „Leistung“ bzw. um „Exzellenz“ handelt, ist ihre soziale Sichtbarkeit gewährleistet.
3. sind wissenschaftliche Leistungen immer zunächst Teil der konkreten Praxis alltäglicher Forschung und werden hier produziert bzw. fabriziert und das heißt: gemacht. Wissenschaftliche Leistungen und vor allem Wissenschaftler/innen, denen man diese Leistungen attestiert, werden nicht auf der Ebene außeralltäglicher Entscheidungen und außerhalb sozialer Bedingungen hervorgebracht, sondern in konkreten und sehr alltäglichen Situationen, in denen die Interaktion zwischen den Akteuren eine entscheidende Rolle spielt (vgl. Zimmermann 2003; Wetterer 2006).

Von diesen drei Aspekten ausgehend, verstehe ich „Leistung“ im Folgenden nicht als eine von Personen erbrachte Handlung, sondern als eine in sozialen Prozessen hervorgebrachte und mit bestimmten Akteuren verbundene Zuschreibungspraxis. Aus der relationalen Sicht Pierre Bourdieus rücken die Wahrnehmungsschemata wissenschaftlicher Akteure, die gebunden sind an die Praxis des Feldes, dabei in den analytischen Fokus.

Eine der wichtigsten Kapitalsorten im wissenschaftlichen Feld ist die Anerkennung durch Kollegen. Damit unterliegen die Akteure und Akteurinnen spezifischen Bedingungen, die man sich genauer anschauen muss, um die konstruktiven Prozesse, in denen Leistungen entstehen und Personen zugeschrieben werden, aus der Praxis und dem damit verbundenen Selbstverständnis der Akteure herauszupräparieren. Hierzu aber ist es notwendig, auch die Wirkungen eines Feldes zu kennen, die von den Akteuren verkörpert werden. Diese Wirkungen werden von Bourdieu als „Glaube“ bezeichnet. Die Praxis des wissenschaftlichen Feldes spiegelt sich im Glauben oder der *illusio* der Akteure wider. Die *illusio* ist der „praktische Sinn“, mit dem die Akteure ausgestattet sind, das soziale Organ, um sich in einem Feld zurechtzufinden und auch von den anderen Akteuren als zugehörig erkannt zu werden.

Grundlegende Maximen wissenschaftlicher Praxis

Bestimmte Maximen sind für die wissenschaftliche Praxis, in der sich die *illusio* der Akteure ausdrückt, konstitutiv.

1. Wissenschaft wird von den Akteuren nicht nur als Arbeit, sondern als Lebensform verstanden. Für den wissenschaftlichen Nachwuchs geht es darum, einen Habitus als Wissenschaftler auszubilden – und das heißt nichts anderes, als eine Entwicklung zu durchlaufen, in der die eigene Person als mehr und mehr von der Wissenschaft geprägt hervorgebracht wird. Von herausragender Bedeutung in diesem Transformationsprozess zum Wissenschaftler ist somit auch
2. der Umgang mit der Zeit. Zum einen befördert die geringe äußere Strukturierung der Zeit in der Wissenschaft den besonderen „internen Druck, möglichst immer mehr zu arbeiten“, wie es in einem Interview formuliert wurde. Zum anderen erkennen die Professoren in erster Linie an der Zeitinvestition, ob bei ihren jungen Mitarbeiter/innen eine ‚echte Berufung‘ zum

Wissenschaftler vorliegt. Die zeitliche Verfügbarkeit für wissenschaftliche Arbeit muss durch Praktiken der Zeitverwendung demonstriert und dargestellt werden.

3. Dies sind in erster Linie symbolische Praktiken, denen sich zu unterwerfen hat, wer dazu gehören möchte. Ihre Sinnhaftigkeit ergibt sich keineswegs aus rein funktionalen Notwendigkeiten im wissenschaftlichen Arbeitsablauf. Die „Auserwählten“, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, denen über diese Praxis besondere wissenschaftliche Ambitionen zugeschrieben werden, zeichnen sich durch ihre Bereitschaft aus, ihr Leben in den Dienst der Sache zu stellen. Das heißt
4. die „Besten“, nach denen potenzielle akademische Förderer und Mentoren suchen, werden nicht allein über die Sache erkannt, sondern auch über die Art und Weise, wie sie diese verkörpern.

Diese Maximen sind konstitutiv für die alltägliche Praxis der Wissenschaft, liegen ihr als implizites Wissen zugrunde und sind damit gleichzeitig wichtiger Teil der *illusio* der Akteure. Sie werden als selbstverständlich vorausgesetzt und selten hinterfragt.

Im Folgenden möchte ich anhand von Interview-Material zwei Bedingungen nachspüren, die für das Sichtbar-Werden und das soziale Zustandekommen von Leistung wichtig sind, wenn man den Glauben des Feldes und die damit einhergehenden Maximen zugrunde legt: Erstens das Selbstverständnis der Nachwuchswissenschaftler/innen und zweitens die in der Wahrnehmung der Mentoren liegenden Vorverständnisse darüber, welche jungen Wissenschaftler/innen potentiell als leistungsfähiger Nachwuchs gefördert bzw. „links liegen gelassen“ werden. Diesen zweiten Aspekt werde ich ausführlicher behandeln.

Selbstverständnis von Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftlern

Vergleicht man die Interviews, die mit Nachwuchswissenschaftlerinnen geführt wurden, mit jenen, in denen Nachwuchswissenschaftler zu Wort kommen, fallen Unterschiede in der Selbstdarstellung ins Auge. Die Frauen sprechen von sich selbst selten als „Wissenschaftlerinnen“, dafür aber sehr viel über ihre wissenschaftliche Arbeit und auch ihre alltägliche Praxis. Männliche Interviewpartner hingegen sprechen von sich selbst häufig als „Wissenschaftler“, selbst dann, wenn sie sich noch in der Promotionsphase befinden und sprechen eher über die scientific community im weiteren Sinne und über Gepflogenheiten, die sie dort – oft noch als Zaungäste – beobachten. Darüber hinaus gibt es Unterschiede in den Schilderungen, ob sich die jungen Forscher und Forscherinnen vorstellen können, weiter die akademische Karriereleiter zu erklettern. Während manche jungen Männer sich bereits als Professoren sehen oder zumindest daran denken, einmal diesen Status zu erreichen, berufen sich ihre Kolleginnen eher auf eine „Schritt-für-Schritt“-Taktik. Das ist kein Grund, ihnen ein geringeres „Selbstbewusstsein“ oder ähnliches zu unterstellen. Die Gründe für ihre Haltung lassen sich sehr wohl im wissenschaftlichen Feld ausmachen, zu dem sie nicht selbstverständlich dazu gehören, sondern tatsächlich Schritt für Schritt unter Beweis stellen müssen, dass sie Bleiberecht haben.

Für die leitende Frage dieses Vortrags, wie Leistung als soziales Konstrukt erst in der sozialen Praxis wissenschaftlichen Alltags entsteht, haben die unterschiedlichen Selbstauffassungen eine große Bedeutung. Zunächst in Bezug auf die häufig geschlechterdifferente Wahrnehmungsschemata des Nachwuchses selbst, die es nach sich ziehen, dass die eigene Arbeit anders verkörpert wird. Im Weiteren aber ergeben diese unterschiedlichen Arten, Wissenschaft zu verkörpern und sich einen wissenschaftlichen Habitus anzueignen, auch andere Wechselwirkungen mit den betreuenden und fördernden Mentoren.

Zwei Fälle von Nachwuchsförderung – und ein Fall von Nichtförderung

Zur Verdeutlichung möchte ich im Folgenden ausführlich auf die Nachwuchsförderungspraxis in der Selbstdarstellung eines Professors für Biochemie eingehen, der bereits am Zenit seiner Laufbahn angelangt ist und kurz vor seiner Emeritierung steht. Der Biochemiker hat während seiner Zeit an der Hochschule viele junge Wissenschaftler gefördert. Franz Neuenhaus bringt sich selbst im Interview als ein auf internationalem Parkett sicher agierender Biochemiker hervor. Das Gespräch mit ihm enthält dezidierte Schilderungen seiner Praxis der Nachwuchsförderung, er spricht sowohl über männliche als auch über weibliche Aspirant/innen aus seinem Labor. Es gibt zwischen ihnen einen entscheidenden Unterschied: Keine der Frauen konnte sich eine eigene Nachwuchsgruppe am Lehrstuhl aufbauen. Dass dies kein Zufall ist, sondern mit Konstruktionen geschlechtlicher Zuschreibung einhergeht, wird anhand von Neuenhaus' Aussagen zu seinem Nachwuchs deutlich. Zunächst stellt er zwei Wissenschaftler vor, die sich bei ihm habilitieren konnten. Nennen wir den ersten Hans Blau und den zweiten Karl Weiß.

Hans Blau war für Neuenhaus ein „Experiment“, das er „wagte“, von dem er jedoch „voraussagen“ konnte, „dass es wahrscheinlich gut ausgeht“:

„Ein junger Mann, der hat seine Doktorarbeit gemacht über dreieinhalb Jahre, ein bisschen lahm (...), aber die Arbeit war exzellent. Die Ergebnisse waren nicht so spektakulär, dass man jetzt gesagt hätte, das wird ein summa cum laude, aber (...) von der Diktion her absolut brilliant (...), wie die Arbeit strukturiert war, das hat also von einer solchen Übersicht und so einer überlegenen Art, die Dinge einzuordnen, gezeugt, das war einfach ein Genuss, das zu lesen. (...) Und ich wusste: der ist sehr gut, ein bisschen faul, aber er denkt klar.“

Jetzt ist die Frage: Handelt es sich bei dem, was Neuenhaus über die Leistungen seines erwählten Nachwuchses sagt, um die eindeutige Einschätzung von „Exzellenz“? Zwar gebraucht er dieses Wort, um die Arbeit zu charakterisieren, gebraucht auch den Ausdruck „brillant“, der umgangssprachlich für „perfekt“ eingesetzt wird und gleichzeitig einen gewissen Glamour verstrahlt. Aber ist die Arbeit nach der Meinung von Neuenhaus tatsächlich perfekt? Seine näheren Umschreibungen lassen eher vermuten, dass sie doch gewisse Makel hat. Was ihn dazu bewegt, die Arbeit und auch den Kandidaten anzuerkennen und seine Arbeit zu schätzen, scheint er über die Form der Arbeit zu begründen. Doch nicht die „Diktion“ und die klare Struktur allein überzeugen ihn vollkommen davon, es hier mit jemandem zu tun zu haben, der „sehr gut“ ist. Er spricht weiterhin von seinem eigenen Lesegenuss und vor allem von einer bestimmten Haltung des jungen Wissenschaftlers, die sich über seine Schreibweise transportiert: Souveränität. Die Kriterien, die Neuenhaus anführt, um zu erklären, weshalb er Hans Blau direkt nach der Doktorarbeit eine Habilitationsstelle anbietet, liegen nicht auf der Ebene bestimmter fachlicher Standards, sondern auf der Ebene des Habitus. Hans Blau *ist* bereits das, was sich der erfahrene Neuenhaus unter einem Wissenschaftler und Kollegen vorstellt.

Diese „Vertrauenskultur“ beziehungsweise diese „habituelle Übereinstimmung“ wird auch deutlich in der Schilderung, wie es dazu kam, dass Karl Weiß als Nachfolger von Hans Blau die C1-Stelle am Lehrstuhl bekam. Diesen jungen Mann vermittelte er nach der Promotion in ein Labor im Ausland, wo Karl Weiß Erfahrungen in einem Forschungsbereich sammeln sollte, der an seinem Heimatinstitut nicht ausgebaut war. Was sich zunächst als Glückstreffer ausnahm, wurde jedoch zunehmend zu einem sozialen und wissenschaftlichen Fiasko, da der Nachwuchsforscher sich in der neuen Arbeitsgruppe nicht in der Weise entwickeln konnte, wie er selbst und sein Förderer es sich gewünscht hatten. Karl Weiß stand weiterhin in Kontakt mit seinem alten Professor und fragte um die gerade vakante C1-Stelle an. Neuenhaus machte ihn darauf aufmerksam, dass seine Bewerbung nicht sehr viel Sinn habe („ich plane jetzt (...) auf dieser C1-Stelle eigentlich ein ganz neues Thema, wofür Sie gar kein Interesse haben bisher (...). (...) Ihre Vorkenntnisse sind eigentlich nicht die, die ich brauche.“). Weiß bewarb sich trotzdem und bekam die Stelle. Nach den Worten seines Chefs, war er die „dritte Wahl“, die zwei Bewerber, die in Frage gekommen wären, waren beide abgesprungen. Karl erwies sich für seinen Mentor dennoch als der richtige Kandidat, was sich in folgender Aussage deutlich zeigt:

„Der Karl und ich, wir kommen so in Resonanz, wir können zusammen denken, wir können die Bälle hin und her werfen, und der ist auch nicht scheu, Ideen zu äußern, die noch unausgegoren sind und ich kann mir dasselbe bei ihm erlauben, und das ist dann sehr fruchtbar.“

Auch hier wird die „dritte Wahl“ über den Weg habitueller Übereinstimmungen zur ersten Wahl. In beiden Beispielen wird eine noch latente und geahnte Leistungsfähigkeit nur zu einem Bruchteil ausschlaggebend für die Entscheidung. Was vielmehr zählt, ist eine kollegiale Ebene.

Ganz anders verläuft diese Geschichte, sobald es sich um junge Wissenschaftlerinnen dreht. Vier Doktorandinnen sind Neuenhaus während seiner Laufbahn über den Weg gelaufen, eine davon hat er bis zur Promotion begleitet. Keine von Ihnen konnte sich bei ihm habilitieren und zu keiner hat er heute mehr einen Kontakt, um sie weiter fördern zu können. Lebhaft erinnert er sich jedoch an seine Doktorandin Marion Roth, die von allen Nachwuchswissenschaftlerinnen für ihn „die Begabteste“ unter den jungen Frauen war:

„(...) die hat echte, dachte ich jedenfalls, Kapazität für eine Hochschullaufbahn gehabt. (...) Die hatte goldene Finger, alles, was die angepackt hat, das hat geklappt, und die war mit Begeisterung dabei. Und dann hat sie ihren Freund gewechselt. (...) Und von dem Tag an ging's mit der bergab, das war absolute Katastrophe. Die hat kein Interesse mehr an der Arbeit gehabt, die ist nur noch mit dem Mann zusammen gewesen (...). Sie hatte tolle Ergebnisse, alle Mittel, um ein tolles Projekt zu machen, und sie hat einfach nichts mehr gearbeitet. (...) Und dann hätte sie eigentlich von ihrer Begabung her in ein Labor gehen müssen, wo sie Top-Molekularbiologie lernt (...). (...) Ja, und was hat sie dann gemacht? (...) dann ist sie mit dem (Freund) nach „Großstadt“, und in „Großstadt“ gibt's kein gutes molekularbiologisches Labor (...). (...) Und da müssen wir sehen, also ich glaub, dass da der Dampf weg ist. Und das ist halt schade, wenn da die Prioritäten nicht mehr stimmen.“

Hier wird ein Misstrauen gegenüber der jungen Wissenschaftlerin überdeutlich. Trotz „tolle(r) Ergebnisse“ fürchtet ihr Doktorvater, dass ihre Prioritäten nun in einem anderen Bereich als der Wissenschaft liegen. Sie ist seiner Empfehlung, in ein möglichst im Ausland angesiedeltes molekularbiologisches Labor zu gehen, nicht gefolgt und Neuenhaus betrachtet somit die ganze Angelegenheit als „absolute Katastrophe“. Er gibt ihr damit keine Chance, sich weiterhin zu bewähren. Da bereits Ergebnisse vorlagen, mit denen man viel anfangen konnte, Frau Roth innerhalb von 3 Jahren eine Promotionsarbeit vorlegte und weiterhin aktiv Wissenschaft betrieb, muss diese resignierende Haltung sehr verwundern.

Während Neuenhaus seinen Assistenten Karl und Hans sogar fachliche Mängel nachsieht, wird die Doktorandin Marion fallengelassen – trotz bester Ergebnisse – da sie sich nicht auf den Karriereweg einlassen will, den ihr Chef für sie vorgesehen hat. Bezeichnenderweise liegt der faux pas für den Professor nicht im fachlichen, sondern gerade im außerwissenschaftlichen Bereich. Marion stellt die Entscheidung für die Wissenschaft nicht über alle anderen Lebensentscheidungen, sondern verbindet beide miteinander. Das allein reicht für Neuenhaus aus, eine „absolute Katastrophe“ und das Ende ihrer Karriere heraufzubeschwören. Obgleich das Risiko einer Förderung im Vergleich zu den beiden Assistenten fachlich extrem gering ist, entscheidet er sich für den Rückzug.

Fazit

Das wissenschaftliche Selbstverständnis, die Wahrnehmung und Förderung des Nachwuchses zeigt sich hier eingebettet in Geschlechterkonstruktionen. Dabei werden wissenschaftliche Akteure auf sehr unterschiedliche Weise hervorgebracht und beurteilt, da die Wahrnehmungsschemata der beteiligten Akteure unterschiedliche sind. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler erscheinen als Akteure mit jeweils anderem Selbstverständnis und werden auch von ihren Förderern unterschiedlich wahrgenommen. Diese Wahrnehmungen und Selbstverständnisse sind jedoch im alltäglichen Kontext des „Wissenschaftsmachens“ ganz entscheidend. Entlang dieser Koordinaten alltäglicher Praxis wird auch

das hervorgebracht, was als ‚wissenschaftliche Leistung‘ gilt. Diese ist immer gebunden an Akteure, denen sie zugeschrieben wird. In Diskussionen über dieses Thema wird insbesondere von Naturwissenschaftlern darauf bestanden, es gebe in ihrem Fach ganz klare Beurteilungskriterien für Leistung. Sie führen in diesem Zusammenhang vor allem die Zeitschriften an, in denen Forschungsergebnisse über ein anonymes Begutachtungsverfahren evaluiert werden. Dem muss entgegengehalten werden, dass Ergebnisse nur von solchen Forscher/innen an Zeitschriften verschickt werden, die ein Labor und eine Arbeitsgruppe zur Verfügung haben. Diese Grundvoraussetzung muss zunächst einmal gegeben sein. Werden Wissenschaftlerinnen auf der Ebene alltäglicher sozialer Praxis aber bereits selektiert, so kommen sie gar nicht erst dazu, Ergebnisse zu produzieren.

In der Praxis der universitären Nachwuchsförderung verlaufen Förderungen, Ressourcenverteilungen und Stellenvergaben über soziale Beziehungen. In die Beurteilung von Leistungen und ihre Zuschreibung an Akteure gehen damit immer Bewertungsschemata ein, die nicht auf der Ebene ‚objektiver Kriterien‘ (wie immer solche auch aussehen) angesiedelt sind. Eine Leistung, die als fulminant eingestuft wird, entsteht nicht aus dem Nirgendwo. Nur wenn man die alltägliche Ebene, auf der ‚Leistungen‘ entstehen, ausblendet, kann man davon ausgehen, dass Exzellenz objektiv bestimmbar ist. ‚Exzellenz‘ ist das Ergebnis sozialer Konstruktionen, die nie unabhängig von den sozialen Merkmalen der Akteure sind.

Wie epistemische Objekte in einem Prozess sozialer Herstellung hervorgebracht werden, sind auch die Wissenschaftler, denen Leistungen zugeschrieben werden, Teil solcher Konstruktionsprozesse. Da das wissenschaftliche Feld dominiert wird von männlichen Akteuren, die bevorzugt die eigene *illusio* reproduzieren – dies ist das Prinzip professioneller Felder, die damit ihre Funktionsweise aufrechterhalten – können so Frauen im Prozess der Leistungszuschreibung vermehrt herausfallen. Oder, wie Bourdieu anmerkt: „Die Definition des Exzellenten steckt auf allen Gebieten voller männlicher Implikationen, deren Eigenart es ist, nicht als solche in Erscheinung zu treten“ (Bourdieu 2005: 110).

Literatur:

Beaufäys, Sandra 2003: Wie werden Wissenschaftler gemacht? Beobachtungen zur wechselseitigen Konstitution von Geschlecht und Wissenschaft. Bielefeld.

Beaufäys, Sandra/Krais, Beate 2006: Wissenschaftliche Leistung, Universalismus und Objektivität. Professionelles Selbstverständnis und die Kategorie Geschlecht im sozialen Feld Wissenschaft. In: Wetterer, Angelika/Gildemeister, Regine: Erosion oder Reproduktion geschlechtlicher Differenzierungen? Widersprüchliche Entwicklungen in professionalisierten Berufsfeldern und Organisationen. Münster (im Erscheinen).

Bourdieu, Pierre 2005: Die männliche Herrschaft. Frankfurt am Main.

Kultusministerkonferenz 2006: Qualitätssicherung in der Hochschulforschung. Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 03.03.2006. Anlage IV zur NS 313, KMK 2./3.3.2006 Berlin.

Pfadenhauer, Michaela 2003: Macht – Funktion – Leistung: Zur Korrespondenz von Eliten- und Professionstheorien, in: Harald Mieg / Michaela Pfadenhauer (Hg.): Professionelle Leistung – Professional Performance. Positionen der Professionssoziologie. Konstanz.

Wetterer, Angelika 2006: Erosion oder Reproduktion geschlechtlicher Differenzierungen? Zentrale Ergebnisse des Forschungsschwerpunkts „Professionalisierung, Organisation, Geschlecht“ im Überblick. In: Gildemeister, Regine/Wetterer, Angelika (Hg.): Erosion oder Reproduktion geschlechtlicher Differenzierungen? Widersprüchliche Entwicklungen in professionalisierten Berufsfeldern und Organisationen. Münster.

Zimmermann, Karin 2003: Praxis der Gleichstellung – widersprüchliche Modernisierung: Das Beispiel der Hochschulen, in: Matthies, Hildegard/Kuhlmann, Ellen/Oppen, Maria/Simon, Dagmar (Hg.): Gleichstellung in der Forschung. Organisationspraktiken und politische Strategien. Berlin: 155-171.



Elite, Exzellenz und Chancengleichheit

Podiumsdiskussion

Prof. Dr. Ulla Haselstein, Freie Universität Berlin und Sprecherin der Graduiertenschule „North American Studies“

Prof. Dr. Michael Hartmann, Technische Universität Darmstadt

Dr. Sandra Beaufajis, Universität Graz

Prof. Dr. Reinhard Thümer, Präsident der Technischen Fachhochschule Berlin und Sprecher der Fachhochschulen in der LKRP Berlin

Moderation: *Mechthild Koreuber*, Sprecherin der LaKoF Berlin und Frauenbeauftragte der Freien Universität Berlin

Koreuber

Frau Haselstein, es ist Ihnen gelungen, im Rahmen des Exzellenzwettbewerbs eine Graduiertenschule für das John-F.-Kennedy-Institut für Nordamerikastudien der Freien Universität einzuwerben.¹² Dazu möchte ich Ihnen ganz herzlich gratulieren! Meine erste Frage gilt der möglichen Bedeutung, die dem „Winnacker-Brief“ [siehe Abdruck in dieser Dokumentation] für die Ausgestaltung der Anträge zukam. Die Frauenbeauftragten der Hochschulen gewannen den Eindruck, dass die Exzellenzinitiative in eine Vor- und eine Nach-Winnacker-Ära einteilbar ist. Der Winnacker-Brief forderte nachdrücklich, dass das Thema Gleichstellung im Exzellenzwettbewerb angemessen zu berücksichtigen sei. Danach wurde zumindest an der Freien Universität neu diskutiert. Vielleicht können Sie uns Einblicke in Ihre Prozesse der Antragstellung gewähren?

Haselstein

Ich möchte zwei Punkte nennen. Der Exzellenzwettbewerb beruht nicht auf der Chancengleichheit aller Anträge. Größere Universitäten sind im Vorteil gegenüber kleineren, die zum Teil ausgezeichnete Programme haben, aber weder das Personal noch die Infrastruktur besitzen, um den von der Ausschreibung vorgesehenen Umfang der Cluster oder Graduiertenschulen leisten zu können. Wir waren am Kennedy-Institut in einer guten Ausgangsposition. Das Institut ist interdisziplinär ausgerichtet und genießt international einen guten Ruf. Die Infrastruktur des Instituts ist exzellent: das Kennedy-Institut besitzt die größte amerikabezogene Forschungsbibliothek Europas, alle Seminarräume sind mit moderner Technik ausgestattet. Alle Professor/innen haben in amerikanischen Graduiertenschulen unterrichtet. Das Institut hat auch schon einmal (von 1991-2001) ein Graduiertenkolleg von der DFG eingeworben und damit seine Fähigkeit zur strukturierten Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses unter Beweis gestellt.

Zum „Winnacker-Brief“: Das Kennedy-Institut befasst sich vor dem Hintergrund verschiedener Fächerkulturen mit Amerika-Studien; drei am Institut vertretene Fächer gehören zu den Geistes-, drei zu den Sozialwissenschaften. Wir haben entsprechend einen im Vergleich zu den Natur- und Technikwissenschaften hohen Anteil von weiblichen Studierenden. Dank einer für Geschlechterfragen sensiblen Berufungspolitik – wozu sicherlich die Amerikakontakte aller Lehrenden stark beitragen – herrscht auf professoraler Ebene Geschlechterparität: Drei Abteilungen werden von Frauen und drei von Männern geleitet. Gender Studies haben in unserem Lehrprogramm schon immer eine Rolle gespielt. Das hat dazu geführt, dass das Geschlechterthema auch in unserem Antrag eine gewisse Rolle spielt. So ist der Umstand, dass gleich viele Männer und Frauen Führungsaufgaben im Institut übernehmen, von den Gutachtern positiv vermerkt worden.

Koreuber

Herr Thümer, mit dem Stichwort ‚Männerdominanz‘ möchte ich Sie als Präsidenten der Technischen Fachhochschule ansprechen. Bei Ihnen geht es – auch jenseits des Exzellenzwettbewerbs – zunächst einmal grundsätzlich um das Thema ‚Chancengleichheit im technischen Bereich‘.

¹² The Graduate School of North American Studies startete im Oktober 2006.

Thümer

Die Geschlechtersensibilität ist an technischen Hochschulen und auch an technischen Fachhochschulen weniger stark ausgeprägt. Die Professoren, die an eine Fachhochschule berufen werden, haben nach Studium und Promotion einen Beruf ausgeübt und sich oft besonders durch ihre rein fachlichen Fähigkeiten qualifiziert. Sie haben in Folge dessen dann häufig den Wunsch, sich in erster Linie auf das Fach zu konzentrieren, für das sie berufen wurden. Andere Fragen, auch die des Managements der Hochschule, werden eher verdrängt. Trotzdem unternehmen wir als technische Fachhochschule große Anstrengungen, um Chancengleichheit herzustellen. Ich darf sagen, dass wir bei den Professorinnen und Studentinnen Frauenanteile erreicht haben, die über den Werten vieler technischer Fachhochschulen und auch vieler technischer Universitäten liegen.¹³ Hinsichtlich der Ausstattung für Forschung sind Fachhochschulen jedoch deutlich schlechter als Universitäten ausgestattet. Universitäten verwenden 50% und mehr ihrer Haushaltsmittel für Forschung, Fachhochschulen wie die TFH z. Z. 15%, und dies ist verglichen mit anderen Fachhochschulen ein durchaus respektabler Wert. Ein Universitätsprofessor hat etwa die Hälfte der Lehrbelastung eines Fachhochschulprofessors; infolgedessen hat er/sie deutlich mehr Möglichkeiten zu forschen. Obwohl in Deutschland der Mitteleinsatz für angewandte Forschung und Technologietransfer erheblich verstärkt werden müsste, d.h. auch mehr Mittel an Fachhochschulen für diese Aufgaben, ist eine derartige Tendenz leider bisher nicht zu erkennen.

Koreuber

Herr Thümer, obwohl auch die Fachhochschulen Forschungsmittel bei der DFG einwerben, bleiben sie im Exzellenzwettbewerb außen vor. Warum haben die Fachhochschulen nicht stärker das Wort ergriffen?

Thümer

Der Zugang zu DFG-Mitteln und ähnlichen staatlichen Fördermitteln steht den Fachhochschulen aufgrund von Ausstattungsdefiziten nicht in gleichem Maße wie den Universitäten offen. Daraus und aus ihrer größeren Praxisorientierung erklärt sich die Zurückhaltung der Fachhochschulen bei der Auslobung von Exzellenzinitiativen. Wir Fachhochschulen haben uns quasi bottom up darauf konzentriert, unser Studienangebot zu modernisieren und den Bologna-Prozess mit Leben zu erfüllen. Die TFH beispielsweise hat ihr gesamtes Studienangebot auf Bachelor und Master umgestellt – eine Herkulesaufgabe – das können Sie mir glauben. Wir haben in der Region z. Z. das größte Masterangebot im technischen Bereich.

Koreuber

Herr Hartmann, auch an Sie als Hochschulforscher möchte ich noch einmal die Frage richten, warum sich die Fachhochschulen so wenig zu Wort gemeldet haben? Wie stellt sich dort die Forschungslandschaft dar, auch unter dem BA/MA-Aspekt und nicht zuletzt unter dem Aspekt der Chancengleichheit?

Hartmann

Mich hat das auch gewundert, dass sich die Fachhochschulen so wenig zu Wort gemeldet und ihre Probleme thematisiert haben. Immerhin ist die BA/MA-Diskussion von den Fachhochschulen sehr forciert worden.

Zur Forschungslandschaft ist zu sagen: Die Fachhochschulen werden nicht verlieren, sie werden aber mehr Konkurrenz bekommen, denn ein großer Teil der Universitäten wird absteigen. Die Universitäten werden sich in zwei Kategorien aufspalten: drei Viertel nicht forschend und ein Viertel forschend, mit den Eliteunis an der Spitze. Sie fragen nach der Zukunft? Die passiert schon jetzt. Was haben die neun klassischen Technischen Hochschulen wie die TU Darmstadt gemacht? Sie ziehen neue Linien ein: Ein BA einer TFH oder einer anderen Universität reicht nicht für den Zugang zu einem Masterstudiengang. Es werden neue Zugangsbarrieren geschaffen. Das gilt für alle Mechanismen: Die Gewinner schotten sich nach unten ab. Zu Elite und Chancengleichheit: Dort, wo Frauen es geschafft haben, standen am Anfang ganz klar definierte Quoten, sowohl in Politik, Justiz und Wissenschaft.

¹³ An der TFH Berlin liegt der Frauenanteil bei den Studierenden aktuell bei 27,4 %, bei den Professuren bei 15,6 %.

Nur die Wirtschaft hat keine Vorgaben, da liegt der Frauenanteil auch am niedrigsten. Wenn man was verändern will, dann sollte man sich nicht auf gute Worte verlassen – wie den Winnacker-Brief –, sondern es muss ganz klar sein, dass es definierte Quoten gibt.

Koreuber

Frau Beaufays, Sie haben in Ihrem Vortrag den Begriff der Exzellenz heruntergebrochen auf den Alltag der Forschungspraxis. Sie haben gezeigt, dass Konstruktionen von Leistung gleichzeitig mit der Konstruktion von Geschlecht einhergehen, wobei der Habitus der beteiligten Akteure eine wesentliche Rolle spielt. Das ist äußerst beunruhigend, weil es wenig Einflussmöglichkeit zu geben scheint. Und: Was bedeutet die Fragwürdigkeit des Systems und der Kriterien für Sie selbst als Wissenschaftlerin?

Beaufays

Ich möchte hier auf die Studie von Allmendinger und Hinz verweisen,¹⁴ in der untersucht wurde, welche Projekte von der DFG gefördert wurden und welche nicht. Sie hat ergeben, dass mehr Wissenschaftler als Wissenschaftlerinnen Anträge bei der DFG bewilligt bekamen. Allerdings hat das auch damit zu tun, dass mehr Frauen Anträge aus den Geisteswissenschaften stellen als aus den Naturwissenschaften. Und diese Anträge haben dann häufig ein Gender-Thema. Damit werden nicht nur Frauen abgelehnt, sondern auch bestimmte Themen. Das änderte sich, als der Schwerpunkt „Professionalisierung, Organisation, Geschlecht“ eingerichtet wurde. An diesem Schwerpunkt wurden Projekte angesiedelt, die zu einem großen Teil von Wissenschaftlerinnen eingereicht wurden. Dieser Schwerpunkt trug dazu bei, dass sich der Anteil der Frauen unter den Projektbewilligten insgesamt maßgeblich erhöhte. Es brauchte eben dazu aber erst diesen Schwerpunkt. Die Sache funktioniert so eben auch ohne direkte Anwesenheit von Akteuren, Habitus kann sich genauso in Forschungsdesigns äußern. Damit verbinde ich jedoch keine Fragwürdigkeit des Systems, wie Sie es genannt haben, sondern einen blinden Fleck der wissenschaftlichen Gemeinschaft, die so tut, als gäbe es solche sozialen Wirkungen überhaupt nicht. Das ist das eigentliche Problem: die Ausblendung des sozialen Zustandekommens von Urteils- und Beurteilungsprozessen. Zur zweiten Frage: Es hat mir sehr große Freude bereitet, das auf diese Art und Weise zu sehen. Verstehen Sie das bitte nicht falsch, aber ich sehe da durchaus einen großen humoristischen Anteil! Es ist schon seltsam, wie das so läuft! Aber es stimmt schon, es ist schwierig, Teil von der Sache zu sein, über die man forscht. Diese seltsame Position haben Frauen aber sowieso häufiger, weil sie eher außerhalb der sozialen Netze stehen.

Thümer

Ohne Zweifel lässt sich der Reformbedarf des deutschen Wissenschaftssystems an einigen seltsamen Phänomenen ablesen. Ich habe vor vielen Jahren an einer großen Universität in Deutschland studiert und ich habe den Eindruck, dass viele Universitäten immer noch junge Menschen in einem großen Raum versammeln und vor sie einen Menschen hinstellen, der den Zuhörern etwas vorliest, dies wird dann Lehre genannt, und es gibt Kongresse, wo ältere Herren sich gegenseitig bestätigen, dass diese Verfahrensweise richtig sei. Mir scheint es an der Zeit, dass die Bundesrepublik sich zu den Schwächen ihres Wissenschaftssystems bekennt und sie energisch beseitigt.

Haselstein

Zu den Forschungen von Frau Beaufays ist anzumerken, dass es sich bei der Bewältigung der Exzellenzinitiative nicht nur um Habitusfragen handelt. Beim Exzellenzwettbewerb geht es auch um strukturelle Fragen. Es geht es um Stellen und Gelder. Wir haben am 17. Januar 2006 erfahren, dass wir in die zweite Runde kommen. Wir hatten bis zum 11. April Zeit. Das Semester lief noch, Prüfung mussten abgenommen werden und so weiter. Also, die Frage ist: Schafft man es, in drei Monaten einen Antrag zu schreiben? Der Alltag der Professorinnen und Professoren ist völlig überlastet. Die Hochschule, so wie sie im Moment besteht, beruht auf der rücksichtslosen Selbstausschöpfung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dass sich dagegen wenig Widerstand regt, mag dem Habitus zuzuschreiben sein, aber die planerischen Gesichtspunkte sollten nicht in den Hintergrund treten.

¹⁴ Allmendinger, Jutta/ Thomas Hinz (2002): „Programmierte (Un-)Gleichheit? Geschlechtsspezifische Chancen bei der Bewilligung von Forschungsanträgen“, in: Zeitschrift für Soziologie, 31. Jg., H. 4, S. 275-293.

Publikum

Wie ernst kann man das Postulat der Chancengleichheit im Exzellenzwettbewerb wirklich nehmen? Meine These ist, dass im Rahmen des Exzellenzwettbewerbs Dinge und Differenzen wahrgenommen werden, die schon existierten, aber jetzt virulent werden.

Haselstein

Ich war vorher Professorin an der LMU München, die ja nun eine der Exzellenz-Universitäten geworden ist. Das liegt nicht daran, dass dort besonders viele Frauen wissenschaftlich arbeiten. Man hat beim Exzellenzwettbewerb auf die Qualität der Projekte geschaut, auf ihre internationale Vernetzung und interdisziplinäre Ausrichtung. Die Frauenproblematik war sicher nachrangig. Trotzdem war sie nicht irrelevant. Die internationalen Gutachter/innen, die beteiligt waren, nahmen sie durchaus wahr, und jede/r Antragsteller/in musste sich zur Frage einer besonderen Förderung von Frauen verhalten. Auch bei der Begehung an der FU wurde nach frauenpolitischen Maßnahmen gefragt. Im Gutachten wurde hervorgehoben, dass die Leitungsebene des Instituts geschlechterparitätisch organisiert ist und unser Antrag von mir, einer Frau, gestellt und präsentiert wurde. In unserem Statement zur Geschlechterpolitik haben wir übrigens geschrieben, dass wir Kinderbetreuung für männliche und weibliche Studierende vorsehen. Wir haben einen geschlechtersensiblen Antrag ohne Geschlechterstereotypen geschrieben.

Hartmann

Bei den Begehungen war die Chancengleichheit wichtig, bei der Bewertung untergeordnet. Ich glaube nicht, dass erst jetzt darüber geredet wird. Die Differenzen zwischen den Universitäten, über die jetzt gesprochen wird, sind in Wirklichkeit nicht so groß. Es wird vielmehr jetzt durch den Exzellenzwettbewerb legitimiert, dass in Zukunft die Unterschiede gravierend sein werden: Elite und Masse. Der Wettbewerb prämiert, was in zehn Jahren Realität sein wird. Die soziale Selektion wird schärfer. Wichtig ist der öffentliche Effekt, der mit der Exzellenzinitiative eintritt: Wer ist Elite-Uni? Nicht: Was wird aus den Studierenden? Da habe ich eine klare Positionierung der Hochschulrektorenkonferenz vermisst. Das andere: Was soll mit dem sogenannten Rohstoff Bildung geschehen?

Publikum

Chancengleichheit scheint also keine große Rolle gespielt zu haben. Was hat der „Winnacker-Brief“ also geändert? Die Frauenbeauftragte der LMU sagte mir, der „Winnacker-Brief“ hätte dort große Wirkung gehabt. Es soll alles neu besprochen und entsprechend qualitativ geändert worden sein. Eine andere Frage ist: Hätte die LMU das alles auch bekommen, wenn sie im Bereich Frauenförderung nichts gemacht hätte?

Publikum

Ich bin die zentrale Frauenbeauftragte der TU Berlin. Ich denke, dass im Exzellenzwettbewerb viele Faktoren eine Rolle gespielt haben – auch solche, die nicht immer öffentlich verhandelt wurden. Wir hatten z.B. einen Cluster, der mit 5,0 bewertet wurde.¹⁵ Zudem hatten wir einen Gleichstellungsteil im Cluster, den die DFG für mustergültig erklärt hat. Er hat nicht dazu geführt, dass der Cluster bewilligt wurde.

Haselstein

Ja, das habe ich ja auch gesagt, das war nicht ausschlaggebend. Wenn alles andere gut war, war das das Sahnehäubchen.

Beauftragte

Begabtenförderung ist meines Erachtens ein Scheinargument zur Verschleierung von Chancengleichheit, die weiterhin bestehen bleibt, indem davon ausgegangen wird, dass es „Begabungen“ und „Begabte“ voraussetzungslos gibt. Gefördert werden so nur die, die schon immer Geförderte und Begünstigte waren, nur sehr selten solche, die nicht von vornherein auf der Sonnenseite stehen.

¹⁵ Die maximale zu vergebende Punktzahl.

Hartmann

Nein, da haben Sie mich missverstanden. Ich habe mich auf Altkanzler Gerhard Schröder bezogen: „Wir dürfen keine Begabungsreserve verschenken.“ Das ist etwas anders, als jetzt an den Universitäten passiert. Die Studienstiftung hat auch Exzellenzkriterien, d.h. sie haben auch soziale Kriterien, aber das sagt man ja nicht. Selektionsprozesse werden hinter dem Mantel der Fachdiskussion geführt.

Haselstein

Es wird Eliteuniversitäten geben, aber die Mehrzahl der Studierenden wird unter im Vergleich zu heute schlechteren Bedingungen studieren. Der durch die Exzellenzinitiative betriebene Differenzierungsprozess wird nicht nur die Studierenden in zwei Gruppen aufspalten, sondern auch die Professoren. In Baden-Württemberg soll demnächst zwischen Forschungs- und Lehrprofessuren unterschieden werden, die unterschiedliche Deputate und Bezüge erhalten sollen. – Einen Gedanken zur Praxis von Frauenförderung möchte ich noch äußern: Nachwuchswissenschaftlerinnen sollten sich in den Fachgesellschaften organisieren. Es kommt auf Sichtbarkeit in wissenschaftlichen und wissenschaftspolitischen Kontexten an. Sichtbarkeit kann symbolisches Kapital schaffen.

Thümer

Die Gestaltung des Exzellenzwettbewerbs und der Bedingungen, unter denen gelehrt und geforscht wird, sind sicher die wichtigsten Themen für alle Mitglieder des Wissenschaftssystems. Insofern sollen und müssen sich Wissenschaftler/innen an diesem Prozess beteiligen.

Aber politisch wirksame Mehrheiten unter Wissenschaftler/innen!? Gehen Sie in einer Sitzung eines Akademischen Senats, in eine Sitzung der HRK, es ist schrecklich, weil alle denkbaren Alternativen ausgebreitet werden, aber kaum oder selten gemeinsam von stabilen Mehrheiten getragene, politisch wirkungsvolle Initiativen zustande kommen. Mit dem Exzellenzwettbewerb wurde das deutsche Wissenschaftssystem in aufgeregte Bewegung versetzt, wie nie zuvor. Der alte Grundsatz – teile und herrsche – kommt hier zu neuen Ehren.

Publikum

Es sieht jetzt so aus, dass Elite festgeschrieben bleibt?

Thümer

Wer über mehr Ressourcen verfügt, hat die besseren Startbedingungen, die guten und motivierten Studierenden werden mit ihren Studiengebühren der Elite folgen und mit ihrem zusätzlichen Geld die Situation der Elitehochschulen mit steigenden Studiengebühren weiter verbessern. Das werden am Ende acht bis zehn Universitäten in Deutschland sein. Der Rest, die nicht exzellenten, werden um Aufstieg und gegen Abstieg kämpfen. Starke Fachhochschulen werden in diese Gruppe aufsteigen.

Haselstein

Ich stimme Herrn Thümer zu. Eine ergänzende Information. Ich habe Kontakt zur Universität Konstanz. Dort wurde ein Cluster bewilligt, aber der Elite-Status nicht erreicht, weil der Antrag auf Einrichtung einer Graduiertenschule scheiterte. Mein Kollege sagte mir, das mache aber nicht viel aus, da die Landesregierung das kompensieren werde. Reiche Bundesländer werden also die Möglichkeit haben, ihre Universitäten gezielt zu unterstützen, damit diese an die Spitze aufschließen können.

Hartmann

Es wird nicht bei zehn bleiben. Es werden um die 20 sein. Einige werden nicht nur keine Kompensation bekommen, sondern sogar abgeben müssen. Ich bringe Ihnen jetzt Beispiele aus drei Ländern. Es wird so sein wie in Japan: 30 Unis forschen, der Rest bildet aus. In England bekommen 20% der Hochschulen 90% der Mittel. Diese Unis strengen sich auch nicht mehr an. Das letzte Ranking aus den USA zeigt ein interessantes Wechsel: sechs staatliche Unis sind aus den ersten 20 abgestiegen, sechs private sind rein gekommen. Aus einem Grund: Die staatlichen können finanziell nicht mithalten. Aufgestiegen sind die Unis mit dem größten Spendenaufkommen. Auch das Spendengeld wird dahin fließen, wo es schon ist.

Koreuber

Schlussendlich bleiben doch die Fragen bestehen: Könnte die Beteiligung von Frauen ein Gradmesser sein für Transparenz? Oder gibt es andere Bündnispartner? Etwa bei den Geisteswissenschaften?

Haselstein

Man kann auf den „Winnacker-Brief“ verweisen. Die Universitäten haben reagiert, weil sie nicht wussten, welche Rolle die Frauenförderung beim Exzellenzwettbewerb spielen würde. Wie viel das am Schluss ausmacht, muss man sehen. Ich denke, Sie als Frauenbeauftragte sollten das Schlusswort sprechen. Sie kennen die Geschichte der akademischen Gender-Politik am besten.

Koreuber

Die Tagung hat mir gezeigt, dass man darüber nachdenken muss, wie Entscheidungsprozesse genau verlaufen. Aus diesem Grund hat die Bundeskonferenz der Frauenbeauftragten eine Kommission eingesetzt¹⁶, die sich mit der „normalen“ Forschungsförderung unter Gender-Aspekten beschäftigt. Es gibt hier sicher noch Differenzierungsbedarf: Einerseits muss auf Gender und Diversity in Forschungsvorhaben geachtet werden, andererseits geht es weiterhin auch um die Förderung des weiblichen Nachwuchses. Wir müssen und wollen hier noch genauere Kriterien entwickeln, um zur Begutachtung und Evaluierung von Genderissues in Forschungsanträgen beitragen zu können. Hier sind die Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten gefragt. Die heutige Diskussion hat gezeigt, dass auch und gerade im Rahmen des Exzellenzwettbewerbs weiter an der Gleichstellung gearbeitet werden muss. Vielen Dank den Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmern!

¹⁶ Kommission „Gleichstellung und Frauen- und Geschlechterforschung in der Forschungsförderung“. Unter <http://www.bukof.de/>

Mitwirkende der Tagung

Dr. Sandra Beaufäys

Wissenschaftliche Assistentin an der Karl Franzens-Universität Graz am Institut für Soziologie, Abt. Geschlechtersoziologie.

Dr. Thomas Flierl

Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur a. D.

Prof. Dr. Michael Hartmann

Professor für Soziologie am Fachbereich Gesellschafts- und Geschichtswissenschaften der Technischen Universität Darmstadt

Prof. Dr. Ulla Haselstein

Professorin für die Literatur Nordamerikas, J.F. Kennedy-Institut, Freie Universität Berlin. Sprecherin der Graduate School of North American Studies

Mechthild Koreuber

Zentrale Frauenbeauftragte der Freien Universität Berlin
Sprecherin der LaKoF

Prof. Dr. Dieter Lenzen

Professor für Philosophie der Erziehung an der Freien Universität Berlin
Präsident der Freien Universität Berlin

Prof. Dr.-Ing. Reinhard Thümer

Professor für Betriebswirtschaftslehre an der Technischen Fachhochschule Berlin.
Seit Oktober 2003 Präsident der Technischen Fachhochschule Berlin

Heidemarie Wüst

Zentrale Frauenbeauftragte der Technischen Fachhochschule Berlin
BuKoF-Vorstand